



SCHWERPUNKT:
Subsidiarität

CDA AKTUELL:
**Rentenpaket und Branchenzuschläge
in der Leiharbeit**

REPORTAGE:
**Christlich-sozialer Gewerkschaftsnachwuchs
auf Tour in Berlin**

CDA-WERBEMITTEL JETZT IM CDU ONLINE-SHOP

Ab sofort findet ihr die unterschiedlichsten Werbemittel der CDA im CDU-Shop unter dem Menüpunkt „Vereinigungen“. Dort findet man vieles, was für die erfolgreiche Verbandsarbeit benötigt wird. Von Aufnahmeanträgen und Schlüsselanhängern, CDA-Sonnenschirmen und Kugelschreibern bis hin zu Mitgliederpins mit hohem Wiedererkennungswert für das Jacket oder Luftballons für die jungen CDA-Mitglieder von morgen. Das umfangreiche Angebot wird in den nächsten Wochen noch erweitert!

WWW.CDU-SHOP.DE



Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Trotz des mäßigen Wetters war es eine heiße Sommerpause – zumindest politisch. Es ist viel passiert – auch bei Themen, die uns Christlich-Sozialen unter den Nägeln brennen. Mein Fazit: Auch wenn noch lange nicht alles gut ist, gibt es endlich wieder Bewegung!

Streit gab und gibt es in der Rentenpolitik. Ministerin von der Leyen hat einen neuen Vorschlag für eine Zuschussrente vorgelegt. Die Rentenbeiträge von Geringverdienern, die jahrzehntelang eingezahlt haben, sollen unter bestimmten Bedingungen aufgewertet werden. Die FDP blockiert; im Oktober soll der Koalitionsausschuss entscheiden. Die Ministerin will unter anderem eine bessere Absicherung bei Erwerbsminderung durchsetzen. Unser Ziel als CDA bleibt klar: Langjährige Beitragszahler müssen eine Rente oberhalb des Grundversicherungsniveaus bekommen – auch wenn sie wenig verdienen. Fleiß muss sich lohnen: Das ist eine Frage der Gerechtigkeit!

Skeptisch bin ich bei der geplanten Beitragssenkung. Derzeit fließt wegen der guten Konjunktur und der sinkenden Arbeitslosigkeit viel Geld in die Rentenversicherung. Weil die Rücklage über die gesetzlich vorgesehene Grenze von 1,5 Monatsausgaben steigt, soll der Beitrag auf 19 Prozent sinken. Sinnvoller wäre, die Reserven in der Rentenkasse auszubauen. Würde man auf die Senkung verzichten, könnte der Beitrag zehn Jahre stabil bleiben – statt absehbar hochzu-

schnellen. Davon haben die Menschen am Ende mehr als von ein paar Euros mehr in der Tasche!

Auch die Lohnuntergrenze ist – anders als von der FDP erhofft – nicht vom Tisch! Die thüringische Landesregierung startet dazu im Herbst eine Bundesratsinitiative. Ihr Mindestlohnkonzept, das maßgeblich vom CDA-Landesvorsitzenden Gustl Bergemann erarbeitet wurde, baut auf dem Vorschlag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf. Es ist gut, dass sich wieder etwas tut. Wir brauchen jetzt eine Lohnuntergrenze: Die FDP darf sich nicht länger gegen eine vernünftige Lösung sperren!

Gute Nachrichten gab es für viele Leiharbeiter: IG Metall und IG BCE haben mit den Arbeitgebern der Zeitarbeit Branchenzuschläge vereinbart, um die Entgeltlücke zwischen Leiharbeit und Stammebelegschaft zu verringern. Das bedeutet für viele Kolleginnen und Kollegen mehr Lohn. Leider sind wir aber noch weit weg von echter Entgeltgleichheit, also von „Equal Pay“.

Für Wirbel gesorgt hat die Initiative einiger CDU-Bundestagsabgeordneter für die steuerliche Gleichstellung von eingetragenen gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften. Diese Frage ist für die Identität der Union so wichtig, dass die Fraktion sie nicht allein klären kann. Darüber muss der Parteitag im Dezember entscheiden. Ich plädiere dafür, alles so zu belassen, wie es ist. Ehe und Familie muss der Staat beson-



Karl-Josef Laumann (Quelle: CDA)

ders schützen und fördern. Sie sind die Keimzelle unserer Gesellschaft – und sollen es bleiben.

**Ihr
Karl-Josef Laumann**

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe erfahren Sie, warum die CDA die Wiederentdeckung des Subsidiarität fordert, welche Verbesserungen das neue Pflegegesetz bringt und warum Thüringen eine Bundesratsinitiative für eine Lohnuntergrenze einbringt.

Ihre SO!-Redaktion

CDA AKTUELL

TITEL

AUS POLITIK UND
GESELLSCHAFT



| | | | | | |
|--|------|--|-------|---|-------|
| CDA-Werkstatt: Geschäftsstelle bietet Schulungen an | S. 6 | Interview mit Elmar Nass: „Subsidiarität ist Hilfe zur Selbsthilfe“ | S. 10 | CDU: Leitantrag zum Parteitag | S. 15 |
| CDA: Brauksiepe bei ILO | S. 7 | Josef Zolk: Was sind eigentlich Genossen- schaften? | S. 12 | CDA: Zuschläge für Leiharbeiter vereinbart | S. 16 |
| CDA: Die CDA auf Sommertour | S. 8 | Martin Kamp: Subsidiarität: ein altes Prinzip neu entdeckt | S. 14 | Thomas Mann: Europa debattiert über Arbeitnehmer-Freizügigkeit | S. 17 |
| CDA: Willi Zylajew zum Pfllegeneuausrichtungsgesetz | S. 9 | | | Ralf Brauksiepe: Das Rentenpaket des Arbeits- ministeriums | S. 18 |
| | | | | Gastbeitrag von Hermann Kues: Ludwig Windthorst's Gespür für Gerechtigkeit | S. 20 |

IMPRESSUM

Herausgeber
CDA Deutschlands
Zinnowitzer Str. 1
10115 Berlin

Redaktion
Anselm Kipp
Telefon: 030/922511-194
Telefax: 030/922511-2194
redaktion@soziale-ordnung.de

Verlag
CDA-Verlagsgesellschaft mbH,
Berlin

Gestaltung
iconate Gesellschaft für
Kommunikation und Medien mbH
www.iconate.de

Anzeigen
Telefon: 030/92 25 11-195
E-Mail: anzeigen@soziale-ordnung.de
Website: www.soziale-ordnung.de

Die Ausgaben erscheinen in unregelmäßigen
Abständen.
Namensartikel geben nicht unbedingt die
Meinung der Redaktion wieder.

Preis
Abonnement: 25,60 €, der Bezugs-
preis ist im Mitgliedsbeitrag enthal-
ten. Derzeit gültige Anzeigenpreis-
liste vom 1. Januar 2012.

Druck
Heider Druck GmbH,
Bergisch Gladbach

MEINUNG UND
DEBATTE

CDA INTERN



49

Karl-Josef Laumann:
Wir brauchen eine Renaissance der
katholischen Soziallehre S. 21

Stefan Klinger:
Irrlehren rund um die Lohnunter-
grenze (Folge 4) S. 23

Ingrid Sehrbrock:
Minijobs – ein Beschäftigungs-
wunder? S. 24

Fraktions-Arbeitnehmergruppe:
Gewerkschafter in Berlin zu Gast S. 25

EUEDA:
Vorstand tagte in Cluj S. 27

CDA Sachsen:
Landestagung zur Altersarmut S. 28

Junge CDA Wuppertal:
Neuer Vorstand gewählt S. 29

Dokumentation:
Die thüringische Initiative zur
Lohnuntergrenze S. 30

SO! einer:
Joachim Unterländer S. 31

Mitgliederservice
Telefon: 030/92 25 11-120
Telefax: 030/92 25 11-2110
E-Mail: mitgliederservice@cda-bund.de

Titelfoto
Frank Zwiener

Fotonachweis
S.4 Ralf Brauksiepe: Saskia Schmidt/Deutscher
Bundestag, sonst: wie ausgewiesen

**Die Redaktion behält sich vor, eingesandte
Texte redaktionell zu überarbeiten und zu
kürzen.**

CDA-WERKSTATT

Schulungen in Presse- und Internetarbeit für Mitglieder

Die CDA-Hauptgeschäftsstelle bietet in den kommenden Monaten im Rahmen der „CDA-Werkstatt“ Schulungen zur Presse- und Internetarbeit an. Das vierstündige Kompaktseminar richtet sich speziell an Funktionsträger und interessierte Mitglieder der CDA. CDA-Pressesprecher Anselm Kipp referiert über folgende Fragen: Wie schreibt

man eine Pressemitteilung bzw. einen Artikel für die Internetseite? Welche Themen bieten sich für uns als CDAler an – und wie findet man sie? Wie baut man Kontakt zu lokalen und regionalen Medien auf? Welche Hilfestellungen gibt die Hauptgeschäftsstelle in Sachen Pressearbeit und Internet (Muster-Pressemitteilungen, Angebot einer kostenlosen Internetseite)?

Wichtig: Interessierte müssen sich mit einer Mail (Name und Kontaktdaten nicht vergessen) an orga@cda-bund.de anmelden. Die Hauptgeschäftsstelle schickt dann eine Anmeldebestätigung mit weiteren Infos (Anfahrtsbeschreibung, Schulungsablauf). ■

Schulungen 2. Halbjahr 2012 (Stand: August 2012) ACHTUNG: Änderungen vorbehalten!

| DATUM | ORT | SCHULUNGSTHEMA |
|---------------|---------------------------------------|--------------------------------|
| 10.09. 19 Uhr | Berlin, CDA-Hauptgeschäftsstelle | Presse- und Internetarbeit |
| 15.09. 11 Uhr | Stuttgart, CDU-Landesgeschäftsstelle | Internet-Schulung (TYPO 3-CMS) |
| 21.09. 11 Uhr | Düsseldorf, CDU-Landesgeschäftsstelle | Presse- und Internetarbeit |
| 12.10. 15 Uhr | Düsseldorf, CDU-Landesgeschäftsstelle | Internet-Schulung (TYPO 3-CMS) |
| 27.10. 11 Uhr | Leipzig, CDU-Kreisgeschäftsstelle | Presse- und Internetarbeit |
| 03.11. 11 Uhr | Stuttgart, CDU-Landesgeschäftsstelle | Presse- und Internetarbeit |
| 01.12. 11 Uhr | Oldenburg, CDU-Landesgeschäftsstelle | Presse- und Internetarbeit |

Informationen zu den einzelnen Terminen kann man unter der Telefonnummer 030/922511140 erfragen.

SO! GESAGT

Das aktuelle Zitat

„Wer die Wahrheit spricht, braucht ein schnelles Pferd.“

Dennis Radtke, Bundesvorsitzender der Jungen CDA, zitiert in der Strukturkommission ein vermeintlich „altes Indianersprichwort“. ■

GEBURTSTAGE

+++ **Oliver Czernik**, Vorsitzender der AG Betriebsarbeit, wurde am 18. August 50 Jahre alt. +++ Die saarländische Ministerpräsidentin **Annegret Kramp-Karrenbauer** feierte am 9. August ihren 50. Geburtstag. +++ **Ludger Reuber**, ehemaliger Sprecher von Norbert Blüm, schaut seit dem 6. Juli auf 75 Lebensjahre zurück. +++ Der nordrhein-westfälische CDU-Landtagsabgeordnete **Norbert Post** wurde am 16. Juni 60 Jahre alt. +++ NRW-CDA-Landesschatzmeister **Wilfried Woller** feierte am 3. August ebenfalls seinen 60. Geburtstag. +++

CDA

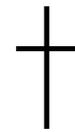
Brauksiepe bei Wahl des neuen ILO-Generaldirektors

Als Vertreter der Bundesregierung hat der stellvertretende CDA-Bundesvorsitzende und Parlamentarische Staatssekretär Ralf Brauksiepe am Pfingstmontag in Genf an der Wahl des neuen Generaldirektors der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf teilgenommen. Die Wahl wurde nötig, nachdem der bisherige Amtsinhaber seinen Rücktritt erklärt hatte. Nach mehreren Wahlgängen konnte sich schließlich der Brite Guy Ryder durchsetzen. Brauksiepe erklärte dazu: „Die ILO hat gerade während der Finanzkrise an Bedeutung gewonnen. Guy Ryder wird die hervorragende Arbeit seines Vorgängers fortsetzen. Für die ILO war Deutschland stets ein verläss-



Der Parlamentarische Staatssekretär und CDA-Vize Ralf Brauksiepe (rechts) bei der ILO, gemeinsam mit dem deutschen Botschafter an der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in Genf Hanns Heinrich Schumacher (Quelle: Scholz).

licher Partner. Gerade Norbert Blüm lag diese einzigartige Organisation am Herzen.“ ■



DIE CDA TRAUERT

Der CDU-Bundestagsabgeordnete **Jürgen Herrmann** aus Brakel in Nordrhein-Westfalen verstarb am 11. August plötzlich und unerwartet bei einer Wanderung im Urlaub. Er wurde nur 49 Jahre alt.

Am 27. Mai starb der Kollege **Gerhard Orgaß** im Alter von 84 Jahren. Er war von 1965 bis 1976 CDU-Bundestagsabgeordneter, zuvor bereits zwölf Jahre Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft. Von 1958 bis 1982 war er Mitglied des CDA-Bundesvorstands, seit 1961 als stellvertretender Vorsitzender. Er hatte zahlreiche weitere Ämter und Ehrenämter in Politik, Kirche und Gesellschaft inne. Unter anderem war er ein Fachmann für Fragen des Wohnungswesens. 1985 wurde ihm das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse verliehen.

Die CDA wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren.

EINE FRAGE, MARTIN KAMP

„Ausbeuterische Kinderarbeit ist nicht in Ordnung“

Ein Bericht von „China Labor Watch“ über ausbeuterische Kinderarbeit in einer chinesischen Fabrik hat jüngst Entsetzen hervorgerufen. Demnach sollen dort Heranwachsende teils 13 Stunden täglich arbeiten. Viele seien unter 16 Jahre alt. Fehler bei der Arbeit würden mit Lohnabzug, ganztägigem Stehen oder sogar Schlägen geahndet. CDA-Hauptgeschäftsführer Martin Kamp engagiert sich in der Kampagne „kind.gerecht“

seit Jahren gegen ausbeuterische Kinderarbeit.

Was erwarten Sie jetzt von Behörden und Unternehmen, Herr Kamp?

„Der Bericht zeigt einmal mehr, dass es an vielen Stellen in Asien Nachholbedarf beim Arbeitsschutz gibt. Die staatlichen Behörden stehen jetzt in der Verantwortung, den Bericht vor Ort zu prüfen. Wenn er zutrifft, dann muss das Unternehmen sofort und konsequent



CDA-Hauptgeschäftsführer Martin Kamp kämpft gegen ausbeuterische Kinderarbeit (Quelle: CDA).

die Missstände in der Fabrik abstellen. Ausbeuterische Kinderarbeit und schlechte Arbeitsbedingungen sind nicht in Ordnung – das sehen auch die Verbraucher so.“ ■

Die CDA auf Sommertour...

Wie in jedem Jahr haben sich viele CDA-Landes- und Kreisverbände im Sommer auf Tour begeben. Auch die Hauptgeschäftsstelle und die Sozialsekretäre haben landauf, landab Betriebe, Behörden und Einrichtungen besucht. Hier stehen Beispiele für Aktionen in Wort und Bild.



Das erste VW-Elektroauto konnte CDA-Hauptgeschäftsführer Martin Kamp (links) zur Probe fahren. Möglich gemacht hatte das Alexander Börger, CDA-Kreisvorsitzender in Wolfsburg (Mitte). Rechts der örtliche CDU-Bundestagsabgeordnete Günter Lach (Quelle: CDA).



Das Kuchenbüffet war eine große Versuchung für die Besucher bei Coppenrath & Wiese in Mettingen. Neben Vertretern von CDA, Betriebsrat und Unternehmensleitung nahmen der Steinfurter CDA-Kreischef Karl-Heinz Hagedorn (4. von links) und der CDU-Landtagsabgeordnete Wilfried Grunendahl (4. von rechts) teil. (Quelle:CDA).



Die CDA zeigt Flagge: Daniel Güttler (rechts) und Bernd Kruse, Vorsitzender der CDA-Betriebsgruppe ThyssenKrupp Steel in Duisburg (Foto: CDA).



Die Sommertour führte auch in den hohen Norden: Daniel Güttler und Martin Schulte in Rostock mit dem Landesvorsitzenden der CDA Mecklenburg-Vorpommern, Wolfgang Isbarn (2. von links), und seinem Stellvertreter Matthias Lietz (2. von rechts) (Quelle: CDA).



Im Bergwerk Prosper Haniel in Bottrop freute sich der nordrhein-westfälische Landessozialsekretär Daniel Güttler sichtlich über die charmante Begleitung von Bürgermeisterin Monika Budke und Tochter Birthe (Quelle: CDA).



Eindrucksvoll war der Besuch bei der Betriebsgruppe ThyssenKrupp Steel, mit Gesamtbetriebsratschef Günter Back (3. von links) (Quelle: CDA).



Ulrich Hempel (links), CDA-Vorsitzender im Kreis Recklinghausen, besuchte mit dem Abgeordneten Josef Hovenjürgen (3. von rechts) die Kreishandwerkerschaft (Quelle: CDA).



Der CDA-Sozialsekretär Bernhard Siepker (links) und der CDA-Kollege David Carracoi (rechts) bei dem Bremer Unternehmen SIKORA (Quelle: CDA).



Mit dem CDU-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich war der sächsische CDA-Chef Alexander Krauß (links) in Leipzig unterwegs (Quelle: CDA).

PFLEGENEUAUSRICHTUNGS-GESETZ BESCHLOSSEN

Demenzkranke und ihre Familien profitieren

Willi Zylajew, CDA-Schatzmeister und CDU-Bundestagsabgeordneter, berichtet hier über das Pflegeeneuausrichtungsgesetz (PNG). Kurz vor der Sommerpause stand im Plenum die abschließende Lesung auf der Tagesordnung. Entschieden wurde über die Leistungen für 2,4 Millionen Pflegebedürftige und ihre Angehörigen. Mit dem PNG reagiert die Regierung auf den demografischen Wandel und die Herausforderungen für die Pflege der Zukunft.

Vor allem Demenzkranke und ihre Familien profitieren von den gesetzlichen Regelungen durch deutliche Leistungsverbesserungen, insbesondere im ambulanten Bereich. So erhalten Pflegebedürftige mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz in den Pflegestufen 1 und 2 vorübergehend jeweils einen pauschal erhöhten Leistungsbetrag. Diese Leistungen in Form von Pflegegeld oder Sachleistungen sind gedacht als Vorziehleistungen bis zum Abschluss der Arbeiten des Expertenbeirates zur Einführung eines neuen Pflegebegriffes. Doch bis dahin wollen wir nicht warten, sondern wir wollen die Situation von demenziell erkrankten Menschen zeitnah verbessern.

Auch der stationäre Bereich wird beachtet. So konnte die Union in den abschließenden Beratungen eine kleine Optimierung für demenziell erkrankte Menschen in stationären Pflegeeinrichtungen erreichen. Es gilt nun: eine zusätzliche Betreuungskraft pro 24 Demente.

Interessen der Beschäftigten werden gestärkt

Die Beschäftigten in der Pflege werden durch das PNG gestärkt. Nun ist klargestellt, dass den Einrichtungen bei wirtschaftlicher Betriebsführung ihre Personal- und Sachkosten gesichert werden müssen. Wir sorgen dafür, dass eine angemessene und leistungsgerechte tarifliche Vergütung gewährt wird. Die Leistungserbringer sollen die Chance haben, ausreichend qualifiziertes Personal zu gewinnen. In der Vergangenheit haben etliche Kassen und die Sozialhilfeträger bei den Pflegesatzverhandlungen oft die Personalkosten nach unten gedrückt.

Dies ist aus Arbeitnehmersicht und angesichts des drohenden Fachkräftemangels nicht hinnehmbar. Wir brauchen qualifizierte Arbeitskräfte. Diese verdienen aber eine ordentliche Bezahlung. Daher haben wir klargestellt, dass zu einer wirtschaftlichen Betriebsführung eine tarifliche Arbeitsvergütung der Pflegekräfte gehört. Damit tragen wir dazu bei, dass Pflegekräfte auch in Zukunft angemessen für ihre qualitativ hochwertige und physisch wie psychisch stark belastende Arbeit entlohnt werden können.

Aufbau einer Demografiereserve

Entsprechend der Koalitionsvereinbarung und dem CDA-Vorstandsbeschluss vom Februar 2011 haben wir auch über den Aufbau einer Demogra-



Willi Zylajew ist pflegepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. (Quelle: Büro Zylajew)

fiereserve beraten. Weiterhin gilt: Wir müssen im System der gesetzlichen Pflegeversicherung eine zugriffssichere und damit personalisierte Rückstellung für die Jahre 2030 bis 2050 entwickeln. Es bleibt also noch einiges zu tun, um die Blüm'sche Pflegeversicherung systemgerecht weiterzuentwickeln. ■

Willi Zylajew ist Bundesschatzmeister der CDA und Landesvorstandsmitglied in Nordrhein-Westfalen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete aus dem Erftkreis ist verheiratet und hat fünf Kinder.

INTERVIEW MIT DEM THEOLOGEN ELMAR NASS

„Subsidiarität ist Hilfe zur Selbsthilfe“



Der Theologe und Sozialwissenschaftler Elmar Nass erläutert seine Sicht auf den Subsidiaritätsgedanken (Quelle: Bruder Heinz HelfsVD).

Was heißt überhaupt Subsidiarität – und warum spielt der Begriff in der katholischen Soziallehre eine so große Rolle? Die SO! führte dazu ein Gespräch mit Elmar Nass. Der Theologe und Sozialwissenschaftler ist Domvikar in Aachen und Fortbildungsbeauftragter des Bistums Aachen. Zudem lehrt er Wirtschafts- und Sozialethik an der Universität Aachen. Er hat zahlreiche Bücher und Fachartikel zur katholischen Soziallehre verfasst.

SO!: Herr Nass, was heißt überhaupt „Subsidiarität“?

Nass: Das lateinische Wort subsidium kann mit „Hilfe“ übersetzt werden. Zur Erklärung des Subsidiaritätsprinzips

halte ich es mit Oswald von Nell-Breuning: „Man soll die Kirche nicht aus dem Dorf tragen.“ Zuerst übernimmt immer die kleinere Einheit die ihr mögliche Verantwortung. Erst wenn sie ihre Aufgabe nicht mehr schafft, tritt die Hilfe der nächstgrößeren Einheit ein. Also: Zuerst kommt Selbstverantwortung, dann die Familie, dann die Gemeinde, dann etwa der Staat. Das ist Hilfe zur Selbsthilfe. Sie endet, wo die Befähigung wieder hergestellt ist. So ist etwa die Erziehung natürliche Aufgabe der Familien. Öffentliche Ämter treten erst dann auf den Plan, wenn Familien überfordert sind.

SO!: Wann und wie ist der christliche Subsidiaritätsgedanke historisch entstanden?

Nass: Die sozialen Fragen des 19. Jahrhunderts beflügelten Vordenker des Sozialkatholizismus wie Bischof von Ketteler zu mutigem Eintreten für die Rechte der Arbeiter. Ihr Solidaritätsgedanke unterschied sich gravierend vom sozialistischen Kampfbegriff. Solidarität – christlich gedacht – ist das Recht jedes Menschen, durch die Gemeinschaft Hilfe zu erhalten, die ein lebenswertes Leben ermöglicht. Dieses Recht auf Entfaltung hat jeder Mensch, weil er Abbild Gottes ist. Und mit diesem Gottesgeschenk der Personalität sind Kollektiv und Partei entmachtet. Jeder hat vor sich, vor der Gesellschaft und vor Gott die Pflicht, seine Talente selbst zu entfalten und nicht zu schnell nach dem Staat zu rufen. Solidarität und Subsidiarität, Eigen- und Sozialverantwor-

tung sind untrennbar verbunden, wenn wir christlich von sozialer Gerechtigkeit sprechen.

SO!: Wie kam es dazu, dass die Forderung nach Subsidiarität Einzug in die katholische Soziallehre gehalten hat?

Nass: Als Faschismus und Kommunismus die Menschen nach und nach unter Parteidiktaturen entmündigten, setzte Papst Pius XI. 1931 mit der Enzyklika „Quadragesimo anno“ den totalitären Systemen mutig ein Ordnungsmodell entgegen. Auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes wird hier unter Einfluss von Pater Nell-Breuning die Freiheit betont und dazu erstmals lehramtlich der Subsidiaritätsgedanke eingeführt. Das Prinzip ist hier in die Vision einer berufsständischen Ordnung eingebettet. Diese setzte noch mehr auf autonome Zünfte und soziale Tugenden und weniger auf Marktfreiheit und politische Eliten als es später die Soziale Marktwirtschaft tat.

SO!: Im politischen Berlin hört man den Begriff heute nicht mehr oft. Ist er aus der Mode gekommen?

Nass: Ja. Sozialistische Parteien meiden ihn wohl, um ihre angemessene Deutungshoheit über Solidarität und soziale Gerechtigkeit zu zementieren. Denn Subsidiarität als Sozialprinzip entstammt ja einer christlichen Tradition in Opposition zum Sozialismus. Die Liberalen als vermeintliche Anwälte von Eigenverantwortung und Leistung wittern die Verwässerung der von

ihnen gehüteten Freiheit mit christlich-sozialen Ideen. Im Ausschweigen der Subsidiarität zeigt sich das alte Dilemma im Gegeneinander von Sozialismus und Liberalismus, denen entgegen die katholische Soziallehre den inzwischen ziemlich vernebelten dritten Weg einfordert.

SO!: Die CDA fordert die Wiederentdeckung des Subsidiaritätsgedankens in Politik und Gesellschaft. Stimmen Sie dem zu?

Nass: Eine Belebung dieser großen Tradition würde Deutschland und Europa guttun. So kämen wir heraus aus den rhetorischen Gefechten von Ideologien, die den Menschen nicht überzeugend als Person verstehen. Der Wert des Menschen wird entweder allein aus dem Beitrag für die Masse oder aus der Umsetzung egoistischer Interessen abgeleitet. In der CDA sollten wir die Fahne hochhalten, auf der Solidarität und Subsidiarität gemeinsam stehen. Karl-Josef Laumann ist für mich heute der politische Vertreter des Sozialkatholizismus.

SO!: Gibt es Bereiche der Sozialpolitik, in denen das Subsidiaritätsprinzip mehr beachtet werden sollte?

Nass: Da fallen mir Beispiele aus der Familienpolitik ein. Wenn wir Steuerzahler staatliche Krippenplätze finanzieren, werden damit Anreize gesetzt, auch die kleinsten Kinder möglichst bald aus der Familienverantwortung abzuschieben. Ganz nach dem sozialistischen Motto des „Von der Wiege bis zur Bahre“. Hohle Lippenbekenntnisse zur Wertschätzung von Familien sind unglaublich. Im Sinne der Subsidiarität sollte aus christlicher Sicht auch gegen Genderideologen den Familien Hilfen geboten werden, ihren Auftrag zu erfüllen. Statt mit Negativbeispielen Familien zu diffamieren, haben sie Vertrauen verdient.

SO!: Welche Rolle spielt die katholische Soziallehre insgesamt Ihrer Meinung nach in den heutigen politischen Debatten?

Nass: Leider so gut wie keine mehr. Der Selige Adolf Kolping, Franz Hitze,

Oswald von Nell-Breuning, Josef Höffner werden das von oben mit Sorge sehen. Ihr Vermächtnis mahnt uns zu einem neuen missionarischen Einsatz.

SO!: Was muss Ihrer Meinung nach passieren, damit sie mehr Raum gewinnt?

Nass: Wir brauchen mehr Politiker, die ihre christlichen Werte offen bekennen, selbst wenn es unbequem ist. Die Kirchen haben den Auftrag, ihre Prediger in sozialem Fragen zu schulen, damit diese im Licht der Botschaft Jesu soziale Fragen angehen. Wir brauchen eine neue Belebung der katholischen Sozialverbände. Im Bistum Aachen etwa versuchen wir über Bildungsmaßnahmen, dafür ein neues Bewusstsein zu schaffen. Dann ist natürlich jeder Einzelne gefragt, sich in sozialen Themen zu schulen und das eigene soziale Engagement als christliches sichtbar zu machen. Unser Sozialengagement muss Glaubensbekenntnis sein. Das ist der beste Nährboden für unsere christlich-soziale Zukunftsmission. ■

Der Theologe Oswald von Nell-Breuning und die Subsidiarität

Oswald von Nell-Breuning war ein bedeutender Theologe, Sozialphilosoph und Wirtschaftswissenschaftler. Er wurde 1890 in Trier geboren, studierte Theologie und Philosophie in Innsbruck und Valkenburg. Der Jesuitenpater prägte die katholische Soziallehre vor allem durch die Entwicklung und Begründung des Subsidiaritätsgedankens. Er beriet Papst Pius XI. in sozialem Fragen. Seine

Handschrift war insbesondere in der 1931 veröffentlichten Sozialzyklika „Quadrogesimo anno“ erkennbar. Nell-Breuning wirkte als Hochschullehrer, unter anderem an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt am Main. Oswald von Nell-Breuning starb 1991: Er wurde also 101 Jahre alt. In seinem grundlegenden Werk „Baugesetze der Gesellschaft“ von 1968 beschrieb er die Grundlagen der

katholischen Soziallehre folgendermaßen: „Die übergeordnete oder umfassende Gemeinschaft soll ihren Gliedgemeinschaften hilfreichen Beistand leisten in dem, wozu diese, auf sich allein gestellt, aus eigenen Kräften nicht imstande sind; was dagegen die Gliedgemeinschaften selbst leisten können, darf die übergeordnete oder umfassende Gemeinschaft ihnen nicht abnehmen“.

WAS SIND EIGENTLICH GENOSSENSCHAFTEN?

Chancen für Selbsthilfe und Selbstverwaltung



Josef Zolk ist CDA-Bundesvorstandsmitglied und Experte für das Genossenschaftswesen (Quelle: Verbandsgemeinde Flammersfeld)

Josef Zolk erläutert hier, warum der Genossenschaftsgedanke aktueller denn je ist. Er ist CDA-Vorstandsmitglied und Experte für Geschichte und Gegenwart des Genossenschaftswesens. Er ist Bürgermeister der Verbandsgemeinde Flammersfeld – und schon deshalb dem Werk von Friedrich Wilhelm Raiffeisen verbunden. Der Sozialreformer war schließlich ein Amtsvorgänger: Er wirkte seit 1848 in Flammerfeld als Bürgermeister.

Die Vereinten Nationen haben 2012 zum Internationalen Jahr der Genossenschaften ausgerufen, um auf die weltweite Bedeutung von Genossenschaften aufmerksam zu machen. In Deutschland ist die Genossenschaftsgruppe die bei Weitem mitgliederstärkste Wirtschaftsorganisation. Mit 26 Millionen Mitglie-

dern und mehr als 800.000 Mitarbeitern in über 7.500 Genossenschaften sind sie eine treibende Kraft für Wirtschaft und Gesellschaft. Genossenschaften gibt es in vielen Bereichen und Branchen:

Genossenschaftsbanken

Nähe zum Kunden, Verantwortung in der Region und Partner des Mittelstandes – nach diesen Grundsätzen arbeiten die 1.138 deutschen Volks- und Raiffeisenbanken sowie die Verbundunternehmen der genossenschaftlichen Finanzgruppe.

Wohnungsgenossenschaften

Mit ihren rund 2,2 Millionen Wohnungen bieten die rund 2.000 Wohnungsgenossenschaften für mehr als 5 Millionen Menschen Wohnungen. Der Anteil der Genossenschaftswohnungen am Mietwohnungsbestand in Deutschland von 24 Millionen Mietwohnungen beträgt ca. 10 Prozent.

Raiffeisengenossenschaften

Über 2.000 landwirtschaftliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften mit 1,7 Millionen Mitgliedern berufen sich auf die Ideen von Friedrich Wilhelm Raiffeisen. Sehr viele Landwirte und Winzer sind Mitglieder von ländlichen Genossenschaften.

Gewerbliche Genossenschaften

In Deutschland gibt es zu Beginn des Jahres 2012 rund 1600 gewerblichen

Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften mit rund 300.000 Mitgliedern und einem addierten Jahresumsatz (Umsatz aller Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften zusammen) von ca. 103 Milliarden Euro.

Konsumgenossenschaften

Das Genossenschaftsgesetz von 1889 definierte Konsumgenossenschaften als „Vereine zum gemeinschaftlichen Einkauf von Lebens- oder Wirtschaftsbedürfnissen“. Dabei bedeutet „Einkauf“ nicht, dass mehr Handel betrieben wird. Die eigene Produktion ist traditionell Teil des konsumgenossenschaftlichen Konzepts.

Raiffeisen und Schulze-Delitzsch: Väter der Genossenschaften

Die Entstehung des modernen Genossenschaftswesens im 19. Jahrhundert und die Rolle der Pioniere Raiffeisen und Schulze-Delitzsch werden in diesem UNO-Jahr der Genossenschaften zu Recht herausgestellt.

Friedrich Wilhelm Raiffeisen, ein Sohn des Westerwaldes, folgte seiner christlichen Überzeugung unter dem Leitspruch: „Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan“. Seine ursprünglichen Ideen basierten auf einem karitativen Ansatz, den er lebenslang beibehielt.

Hermann Schulze-Delitzsch, preussischer Politiker, Kaufmann, Jurist,

unterschied sich in seinen Genossenschaftsüberlegungen im Bereich der Solidarhaftung. Wie zunehmend auch Raiffeisen war er überzeugt, dass ein karitativer Ansatz allein die Not nicht nachhaltig überwinden konnte. Die Menschen müssen den Willen haben und die Chance erhalten, sich selbst zu helfen. Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung, die „drei S“, wurden die Grundlagen des genossenschaftlichen Handelns.

Genossenschaften im Finanzsektor, Handel, Handwerk und in der Landwirtschaft sind heute in vielen Ländern das Rückgrat der wirtschaftlichen Aktivitäten. Sie basieren auf lokaler Initiative und Wirtschaftskraft und tragen wesentlich zur Entwicklung bei. Sie sind in ihren Strukturen regionalbezogen und überschaubar, sie unterliegen nicht den anonymen Konstrukten weltweit operierender Finanzkonzerne.

Genossenschaften brauchen gute Partner

Erfolgreiche genossenschaftliche Systeme umfassen mehrere Ebenen: lokale Genossenschaften und regionale bzw. nationale Zentralen und Verbän-



Friedrich Wilhelm Raiffeisen war ein Genossenschaftsgründer und Sozialreformer (Quelle: DeUpdate[Public domain]via Wikimedia Commons).

de. Sie sind dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend aufgebaut, das Eigenverantwortung vor staatliches Handeln stellt, müssen aber auch geprüft und kontrolliert werden. Spar- und Kreditgenossenschaften müssen lizenziert sein und der Regulierung und Aufsicht durch staatliche Stellen unterliegen. Auch kleinste Ersparnisse müssen sicher sein; hier spielt auch ein Einlagensicherungssystem eine wichtige Rolle.

Gerade wegen der Globalisierung nimmt die Bedeutung der lokalen und regionalen Wirtschaft als eine der Grundlagen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu. Um den Menschen Teilhabe an der Entwicklung zu ermöglichen, muss ihnen die Chance zur Selbsthilfe gegeben werden. Der Staat setzt den (wirtschafts-) politischen Rahmen, innerhalb dessen sich „Entwicklung“ vollziehen kann.

Selbstbestimmung statt Instrumentalisierung

Genossenschaften werden in der entwicklungspolitischen Diskussion bis heute sehr unterschiedlich beurteilt. Auf der einen Seite findet sich eine völlige Überschätzung als „Instrument“ zur Entwicklung, auf der anderen Seite gibt es undifferenzierte Ablehnung. Landespezifische Bedingungen, wie sozialer Zusammenhalt und betriebswirtschaftliche Aspekte als Grundlagen unternehmerischen Handelns wurden ebenso vernachlässigt wie notwendige landeseigene gesetzliche Rahmenbedingungen.

Entscheidend ist die Situation vor Ort

Es gibt weltweit viele Beispiele erfolgreicher genossenschaftlicher Struktu-

ren, die aus eigener Kraft und Initiative heraus entstanden sind oder erfolgreich „behutsam“ von außen gefördert wurden. Wesentliche Bedingung dafür aber war und ist immer, dass sich die Genossenschaften an den Zielen und Bedürfnissen der Mitglieder orientieren.

Eine der wichtigsten Lehren aus dem Aufbau genossenschaftlicher Strukturen ist: Jedes Land ist anders, jede Kultur ist anders. Deshalb kann es auch kein Standardmodell geben. Aber es gibt Erfahrungen, die genutzt werden können:

> Jede Genossenschaft muss für ihre Mitglieder leistungsfähig und attraktiv sein. Dazu sind in der einzelnen Genossenschaft eine konsequente wirtschaftliche Ausrichtung, eine adäquate interne Organisation und gut ausgebildete Führungskräfte und Mitarbeiter erforderlich. Die Genossenschaften müssen Teil von subsidiär aufgebauten Netzwerken sein, denn dann können sie von den Leistungen spezialisierter Zentralunternehmen und Verbänden profitieren. Genossenschaften bieten die Chancen, die Menschen an der regionalen Wertschöpfung zu beteiligen ja regionale Wertschöpfung erst zu ermöglichen und zu stabilisieren.

> Der Staat hat dabei „nur“ die Pflicht, einen angemessenen rechtlichen und regulatorischen Rahmen für genossenschaftliches Handeln zu schaffen. Genossenschaften können staatliches Handeln nicht ersetzen und haben auch keinen öffentlichen Auftrag. Sie sind Unternehmen ihrer Mitglieder, für diese tätig, von diesen getragen, finanziert und kontrolliert. Und das unterscheidet Genossenschaften grundlegend von den Finanzkonzernen. ■

DIE KLEINEN EINHEITEN SOLLEN ENTSCHIEDEN

Subsidiarität: ein altes Prinzip neu entdeckt

Jeden Samstag stehen sie auf dem Wochenmarkt in Berlin-Friedenau: Frauen und Männer aus der Bürgerinitiative „Breslauer Platz“. Sie machen sich für einen schöneren Markttreff mit Brunnen und Bänken stark. Gleich um die Ecke betreuen Mütter und Väter gemeinsam mit einer Erzieherin Kinder in der Eltern-Kind-Gruppe „Zum Guten Hirten“ der evangelischen Kirchengemeinde. Und nicht weit davon entfernt warten Rettungssanitäter auf ihren Einsatz – in der Berliner Sanitäter Zentrale des Roten Kreuzes.

Typische Beispiele dafür, wie unser Gemeinwesen organisiert ist: Nicht der Zentralstaat betreut die Kinder in eigener Regie, stellt Erzieherinnen oder Sanitäter ein. Sondern vielerorts setzt man auf freie Träger, egal, ob es um Kitas oder das Gesundheitswesen geht. Und wo der Staat oder die Kommune etwas entscheidet – etwa in der Stadtplanung – mischen engagierte Bürger, Gruppen und Vereine mit.

Das alles ist Ausdruck des Subsidiaritätsprinzips. Das ist nicht nur ein Ordnungsprinzip der Sozialen Marktwirtschaft, sondern gehört zum christlich-sozialen Markenkern. Was kleinere Einheiten regeln können, soll nicht auf übergeordneter Ebene entschieden werden. Gründe dafür gibt es viele: Bessere, weil lebensnähere Entscheidungen und Wirtschaftlichkeit sind dabei nicht die einzigen. Selbstbestimmung und Beteiligung sind Werte an sich. Und oft macht es auch einfach Spaß, zusammen mit

anderen Menschen etwas anzupacken, anstatt auf eine anonyme Bürokratie zu setzen.

Das Subsidiaritätsprinzip findet seinen Niederschlag in vielen Institutionen – ob in der kommunalen Selbstverwaltung oder der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen, ob in der Rolle von Handels- und Handwerkskammern bei der Berufsausbildung oder in der betrieblichen Mitbestimmung.

Wer das Subsidiaritätsprinzip mit plumper Privatisierung oder gar Staatsverachtung gleichsetzt, hat es falsch verstanden – oder missbraucht es. Denn den Gegensatz privat contra Staat überwindet das Subsidiaritätsprinzip gerade. Die Welt ist viel bunter.

Subsidiarität ist keine Staatsverachtung

Wo die kleinere Einheit überfordert ist, muss die höhere Ebene tätig werden – auch das gehört auch zum Subsidiaritätsprinzip. Lohnfindung etwa funktioniert auf betrieblicher Ebene nicht. Deswegen ist sie bei den Tarifpartnern, den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden angesiedelt. Und diese Tarifautonomie braucht einen Rahmen, der sie schützt – einen gesetzlichen Rahmen.

Das subsidiäre Engagement ist also kein Selbstläufer, sondern Politik muss es oft erst möglich machen. Kommunale Selbstverwaltung setzt (vor allem finanziell) handlungsfähige Städte, Gemein-

den und Kreise voraus. Und wer will, dass Menschen in Ehen, Lebenspartnerschaften und Familien auf Dauer Verantwortung füreinander übernehmen, darf sie steuerlich nicht so behandeln, als lebten sie wie Fremde in einer bloßen Wohngemeinschaft zusammen.

Das Subsidiaritätsprinzip ist nichts Altbackenes oder Angestaubtes. Es ist zeitlos – und zugleich hochaktuell. Menschen entdecken die Faszination kleiner Lebenskreise immer wieder neu. Energiegenossenschaften, Gemeinschaftsgärten und Tauschringe zeugen davon. ■

Martin Kamp

In der maßgeblich von Oswald von Nell-Breuning formulierten Enzyklika „Quadregesimo anno“ von Papst Pius XI. wurde der Subsidiaritätsgedanke 1931 aus katholischer Perspektive wie folgt definiert: „Wie dasjenige, was der Einzelmensch als eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf, so verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen; jedwede Gesellschaftstätigkeit ist ja ihrem Wesen und Begriff nach subsidiär; sie soll die Glieder des Sozialkörpers unterstützen, darf sie aber niemals zerschlagen oder aufsaugen.“

CDA IN VORBEREITUNGSKOMMISSION GUT VERTRETEN

Leitantrag zum CDU-Parteitag in Hannover

Der Bundesvorstand der CDU hat am 27. August 2012 den Leitantrag für den Parteitag im Dezember in Hannover verabschiedet. Eine Kommission hat ihn erarbeitet. Darin waren (in verschiedenen Funktionen) die CDA-Vorstandsmitglieder Christian Bäumler, Ralf Brauk siepe, Ingrid Sehrbrock, Peter Weiß und Matthias Zimmer vertreten. Zu dem Papier „Starkes Deutschland. Chancen für Alle!“ können bis Anfang November Änderungsanträge eingereicht werden. Die SO! dokumentiert Auszüge; der vollständige Antrag steht im Internet unter www.cdu.de.

I. Deutschland 2012: Unser Land steht gut da

Unser Land steht heute so gut da wie lange nicht mehr. Das ist zuallererst ein Erfolg der tüchtigen Menschen. Aber der Erfolg ist auch ein Verdienst der klugen Politik der CDU. Wir haben die Weichen für diesen Erfolg gestellt. Arbeitgeber und Gewerkschaften, Unternehmer und Betriebsräte haben mit weitsichtigen Entscheidungen den politischen Kurs entschieden unterstützt.

II. Wir wollen Wohlstand für Alle

Die Politik der CDU gründet auf dem christlichen Menschenbild. Aus diesem Bild vom Menschen leiten sich unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit her. Die Soziale Marktwirtschaft ist ein Gesellschaftsmodell, das den Menschen in den Mittelpunkt rückt, dessen Würde unantastbar ist. Sie verbindet wie keine andere Wirtschaftsordnung

STARKES DEUTSCHLAND. CHANCEN FÜR ALLE!

BESCHLUSS DES BUNDESVORSTANDS DER
CDU DEUTSCHLANDS VOM 27. AUGUST 2012

Der CDU-Vorstand hat den Parteitags-Leitantrag im August beschlossen (Quelle: Screenshot cdu.de).

die Vorteile einer freien Wirtschaft mit der Verpflichtung zur sozialen Gerechtigkeit und ökologischen Verantwortung. Sie fördert die betriebliche Partnerschaft, Tarifautonomie und Mitbestimmung und leistet auf diesem Weg einen wichtigen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

III. Arbeit für Alle

Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ für Zeitarbeitnehmer konsequent umzusetzen. Wir wollen die Tarifparteien auf dem Weg unterstützen, diesen Grundsatz unter Berücksichtigung geeigneter Übergangs- und Einarbeitungszeiten auch in der betrieblichen Praxis umzusetzen.

Immer schnellere Veränderungen in der Arbeitswelt eröffnen viele neue Freiheiten und Möglichkeiten für die Arbeitnehmer. Aber wir sehen auch mit Sorge die Zunahme von psychischen Erkrankungen in der gesamten Gesellschaft,

auch in Folge von Arbeitsverdichtung und Überlastung. Es muss alles getan werden, damit Gesundheit sowie Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit bei jüngeren wie älteren Beschäftigten erhalten bleibt und ein längeres Leben und Arbeiten in guter seelischer und körperlicher Verfassung möglich ist. Wir appellieren an die Betriebsparteien und Tarifpartner, das Instrument des betrieblichen Gesundheitsmanagements stärker zu nutzen.

Sichere Erwerbsarbeit und auskömmliche Einkommen erleichtern Lebensentscheidungen wie Ehe oder Familiengründung. Sie stärken das seelische Gleichgewicht und binden Familien in ihr gesellschaftliches Umfeld ein. Unsere Überzeugung ist es, dass die Verantwortung für die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen in erster Linie bei den Tarifpartnern liegt. Die CDU hält es für notwendig, eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen einzuführen, in denen ein tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert. ■

AUF DEM WEG ZU „EQUAL PAY“ IN DER LEIHARBEIT?

Branchen-Zuschläge vereinbart

Es tut sich was in der Leiharbeit: Gleich zwei Tarifverträge über Branchenzuschläge haben Gewerkschaften und Arbeitgeber der Zeitarbeit jüngst abgeschlossen. Worum geht es darin? Erhalten Leihbeschäftigte jetzt den gleichen Lohn wie die Stammkräfte? Ein Überblick über Fakten und Debatten.

Die unterschiedliche Entlohnung von Leiharbeitnehmern und Stammbeslegschaft ist ein altes Thema. Möglich wird sie durch eine Regelung im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz. Eigentlich gilt dort der Grundsatz der Gleichbehandlung: Allerdings kann man in einem Tarifvertrag abweichende Regelungen vereinbaren. Genau das ist Usus. Die Folgen sind teils immense Lohnunterschiede – wohl gemerkt zwischen Beschäftigten, die am gleichen Ort die gleiche Arbeit machen. Laut IG Metall erreichen Leiharbeiter in der Metall- und Elektroindustrie bisher oft nur 50 bis 60 Prozent des Tariflohniveaus der Branche.

Auf Druck der CDA fordert die CDU „Equal Pay“

Die CDA fordert seit Langem auch in der Leiharbeit Entgeltgleichheit – neudeutsch „Equal Pay“ genannt. Auf Initiative der CDA hat der Leipziger CDU-Parteitag im November 2011 dazu einen Beschluss gefasst: „Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, den Grundsatz ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort‘ für Zeitarbeitnehmer nach einer ange-

messenen Einarbeitungszeit konsequent umzusetzen. Die Tarifpartner sind aufgefordert, die angemessene Einarbeitungszeit auszuhandeln.“ Im Klartext hieß das: Liebe Tarifpartner, wenn Ihr das „Equal-Pay-Problem“ nicht gemeinsam löst, dann muss der Gesetzgeber das eben machen.

Die IG Metall hat Zuschläge bis zu 50 Prozent durchgesetzt

Leider steht das Problem der Entgeltungleichheit immer noch auf der Tagesordnung. Die Politik hält sich noch zurück – denn es gibt Bewegung. Taktgeber und Vorreiter war die IG Metall. Sie schloss im Juni mit den Arbeitgeberverbänden Bundesarbeitgeberverband der Personaldienstleister (BAP) und Interessenverband deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ) den „Tarifvertrag über Branchenzuschläge für Arbeitnehmerüberlassungen in der Metall- und Elektroindustrie“ ab. Darin ist geregelt, dass Beschäftigte der tarifgebundenen Mitgliedsunternehmen der Zeitarbeit-Arbeitgeberverbände bei einem längeren Einsatz in einem Betrieb der Metall- und Elektroindustrie Zuschläge erhalten. Sie werden nach den Tarifen im DGB-Tarifvertrag mit BAP und iGZ berechnet und sind nach der Dauer des Einsatzes gestaffelt:

- Nach 6 Wochen +15 Prozent Zuschlag
- Nach 3 Monaten+20 Prozent Zuschlag
- Nach 5 Monaten+30 Prozent Zuschlag
- Nach 7 Monaten+45 Prozent Zuschlag
- Nach 9 Monaten+50 Prozent Zuschlag

Nach Angaben der IG Metall kommen die Leiharbeitnehmer so auf der höchsten Stufe auf 80 bis 90 Prozent des Lohnniveaus des regulären Tariflohns der Branche.

Auch in der Chemieindustrie gibt es bald Zuschläge

Bald darauf haben auch die IG BCE und die Arbeitgeberverbände der Leiharbeit ihre Abmachung vom Dezember 2011 konkretisiert, die Löhne von Leiharbeitnehmern in der Chemiebranche denen der Stammbeslegschaften anzunähern. Vereinbart wurden auch hier nach Lohngruppen gestaffelte Zuschläge von bis zu 50 Prozent des im Leiharbeitstarifvertrag vorgesehenen Entgeltes. Leiharbeiter erreichen nach Angaben der IG BCE in der höchsten Entgeltgruppe bis zu 90 Prozent des Lohnes der Stammkräfte. Beide Tarifverträge treten zum 1. November in Kraft. Viele Leiharbeiter in diesen Branchen erhalten dann also mehr Geld. Kritiker monieren, dass andere aber nicht von den Neuerungen profitieren, weil ihre Verweildauer in den Betrieben unter sechs Wochen liegt. Die Gewerkschaften fordern weiterhin, gesetzlich die gleiche Bezahlung durchzusetzen. Die Arbeitgeber verweisen darauf, dass sie sich ein gutes Stück weit bewegt haben. Das Thema „Equal Pay“ wird der Politik also weiter erhalten bleiben. Die CDA wird weiter darauf drängen, die Differenz bei der Entlohnung endgültig und für alle zu schließen. ■

DEBATTEN IM EUROPAPARLAMENT

Brauchen wir Arbeitskräfte aus Bulgarien und Rumänien?



Der CDU-Europaabgeordnete Thomas Mann ist Vizepräsident im Ausschuss für Beschäftigung und Soziales (Quelle: Pressefoto www.mann-europa.de).

Der CDU-Europaabgeordnete Thomas Mann, Vizepräsident im Ausschuss für Beschäftigung und Soziales, berichtet über europäische Debatten zur Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Die Bundesregierung hat entschieden, die Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien bis Ende 2013 aufrechtzuerhalten. Bürger aus diesen EU-Beitrittsländern können nicht einfach bei uns nach Jobs suchen. Eine Genehmigung wird nur erteilt, wenn Bedarf besteht. Daraufhin wurde eine Resolution ins Europäische Parlament eingebracht, die solche Beschränkungen künftig erschweren soll. Der mit großer Mehrheit angenommene

Text fordert die EU-Kommission auf, die Beschränkung neu zu regeln. Ich warb um Verständnis für die Entscheidung unserer Bundesregierung. Sie musste verhindern, dass die Chancen von Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen sinken. Anders sieht es bei Fachkräften aus: Viele Unternehmen suchen händeringend nach gut ausgebildeten Mitarbeitern. Werden die Stellen nicht besetzt, entgeht uns Wachstum. Ich begrüße, dass der Zuzug von rumänischen und bulgarischen Fachkräften von der Bundesregierung erleichtert wurde. So sind ab Januar 2012 Arbeitnehmer mit Hochschulabschluss von der Erlaubnispflicht befreit. Ich warne aber davor, Abstriche bei Sprachprüfungen zuzulassen: Fehlende Deutschkenntnisse erschweren die Integration und gefährden die Leistungsqualität.

Rentenpolitik ist ein europäisches Thema

Ria Oomen-Ruijten ist Europaabgeordnete der niederländischen Christdemokraten und EUCDA-Schatzmeisterin. Hier schreibt die engagierte Sozialpolitikerin über ihre Arbeit als Berichterstatterin für das Weißbuch Rente.

Viele fragen sich: Was hat Europa mit meiner Rente zu tun? Ich bin davon überzeugt, dass es eine europäische Dimension gibt. Viele EU-Staaten haben wegen der Finanzkrise enorme Herausforderungen zu bewältigen. Auch aufgrund des demografischen Wandels

stehen die Rentensysteme unter Druck. Die Menschen leben länger, haben weniger Kinder. Junge kommen mit besserer Ausbildung, aber später auf den Arbeitsmarkt. Ab diesem Jahr wird die Zahl der Arbeitnehmer in Europa erstmals wesentlich sinken, die der Rentner nimmt weiter zu. Wo es jetzt noch vier Arbeitnehmer pro Rentner gibt, werden im Jahr 2060 nur noch zwei Personen für einen Rentner arbeiten.

Dass unsere Gesellschaft älter wird, hat großen Einfluss auf die öffentlichen Finanzen, vor allem in Ländern mit einem Umlagesystem. Dieser Druck macht es ihnen nicht leichter, die Regeln des Stabilitätspakts zu respektieren. Ein Verstoß könnte aber die Stabilität des Euro gefährden. Ich begrüße, dass in Zukunft die vom Staat auszahlenden Renten im Stabilitätspakt berücksichtigt werden.

In einigen Staaten hat die zweite Säule einen großen Anteil an der Altersvorsorge. Oft funktioniert das in gemischter Form, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen Beiträge. Die Rücklagen liegen in Pensionsfonds oder in Bilanzen. Diese Rentensysteme sind weniger belastend für die öffentlichen Finanzen. Auch für ein besseres Funktionieren des Binnenmarkts spielen Rentensysteme eine Rolle. Die Europäische Kommission fordert in der Europa-2020-Strategie mehr Flexibilität für Arbeitnehmer. Dies muss auch bei den Renten zum Ausdruck kommen. Sie sollten ein Recht sein, das man nie verlieren kann, wo auch immer man gearbeitet hat. ■

RALF BRAUKSIEPE ZUM RENTENPAKET DES ARBEISMINISTERIUMS:

„Rentenpläne würdigen Lebensleistung von Beschäftigten“



Das Arbeitsministerium hat sein Rentenpaket vorgestellt (Quelle: www.istockphoto.com).

Arbeitsministerin Ursula von der Leyen hat im August einen neuen Referentenentwurf für ein Alterssicherungsstärkungsgesetz vorgelegt, der nun in der Ressortabstimmung ist. Ralf Brauksiepe, stellvertretender CDA-Vorsitzende und Parlamentarischer Staatssekretär beim Arbeitsministerium, erläutert in der SO! das neue „Rentenpaket“.

Der Vorstellung des Rentenpakets sind gründliche Diskussionen vorausgegangen, die das Ministerium für Arbeit und Soziales mit der Bundesministerin Ursula von der Leyen an der Spitze mit Vertretern aus Politik, Gewerkschaften, Verbänden und Wissenschaftlern

geführt hat. Auch die CDA hat sich an der Debatte beteiligt und zu den jetzt vorliegenden Ergebnissen wichtige Beiträge geleistet.

Wichtigster Bestandteil des Rentenpakets ist aus Sicht der CDA sicherlich die Einführung einer Zuschussrente. Die Zuschussrente greift eine langjährige CDA-Forderung auf, wonach derjenige, der ein Leben lang gearbeitet hat, bei Erreichen der entsprechenden Altersgrenze besser gestellt sein muss als derjenige, der dies nicht getan hat. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der demografiebedingt notwendigen Anpassungen in der gesetzlichen Rentenversicherung droht bei Fortgeltung der

aktuellen Rechtslage die Gefahr, dass häufig auch Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, Leistungen aus der steuerfinanzierten Grundsicherung im Alter in Anspruch nehmen müssen. Die Zuschussrente hilft, diese Gerechtigkeitslücke zu schließen und bewahrt viele Menschen am Ende eines langen Erwerbslebens davor, auf ein Fürsorgesystem angewiesen zu sein.

Wer alles richtig gemacht hat, wird bessergestellt

Im Zentrum des Vorschlags des Ministeriums steht deshalb die Überlegung, dass sich diejenigen im Alter besserstellen sollen, die in ihrem Leben alles

richtig gemacht haben, das heißt, die viele Jahre, wenn auch bei geringem Lohn, gearbeitet oder Kinder erzogen bzw. Angehörige gepflegt haben und die privat oder betrieblich für das Alter vorgesorgt haben. Gerade diese Personen laufen Gefahr, dass die erzielte gesetzliche Rente durch Leistungen der Grundsicherung im Alter aufgestockt werden muss. Für sie bestehen darüber hinaus nur geringe Anreize für ergänzende Altersvorsorge, da diese nach aktueller Rechtslage mit der Grundsicherung verrechnet wird.

Bei Erfüllen bestimmter Voraussetzungen (40 bzw. ab dem Jahr 2023 45 Versicherungsjahre, 30 bzw. ab dem Jahr 2023 35 Beitragsjahre sowie ab dem Jahr 2019 5 Jahre zusätzliche Altersvorsorge) stockt nun die Zuschussrente die selbst erwirtschaftete Rente auf, und zwar dann, wenn bezogen auf den Gesamtzeitraum der Beitragsjahre, unterdurchschnittlich verdient worden ist. Das Bundesarbeitsministerium hat hier insbesondere die Situation von Frauen im Blick: Die Beitragszeiten werden um das 2,5-Fache angehoben, wenn mindestens ein Jahr Kindererziehung oder Pflegearbeit geleistet wurde. Ist dies nicht der Fall, so erfolgt eine Anhebung um 50 Prozent.

Die Höherbewertung wird bei 850 Euro begrenzt

Insgesamt ist die Höherbewertung in dem Sinne begrenzt, dass die Rente einen Betrag von 850 Euro nicht übersteigt. Ergänzende Altersvorsorge kommt hinzu, das heißt, es besteht für zukünftige Rentnerinnen und Rentner in jedem Fall ein Anreiz, privat oder betrieblich vorzusorgen. Aufgrund der Übergangsfrist bis zum Jahr 2019 trifft

dies auch für all jene zu, die sich für diese ergänzende Absicherung bislang noch nicht entschieden haben. Wegen der Zielgenauigkeit wird hingegen sonstiges Einkommen angerechnet, das heißt, verfügt die Rentnerin oder der Rentner bzw. der jeweilige Partner über zusätzliches Einkommen, das zu einem Gesamteinkommen von über 850 bzw. 1.700 Euro führt, wird die Zuschussrente begrenzt. Dies ist auch sozialpolitisch verantwortbar, weil wir Schwerpunkte setzen müssen und es unser Ziel ist, die tatsächlich Bedürftigen besserzustellen.

Das Arbeitsministerium hat entsprechende Modellrechnungen durchgeführt. So erwirbt beispielsweise eine Versicherte oder ein Versicherter mit 35 Jahren versicherungspflichtiger Beschäftigung bei einem Lohn von 8,50 Euro und drei Jahren Kindererziehungszeit nach jetziger Rechtslage einen Rentenanspruch von 678 Euro. An Zuschussrente erhält sie oder er 172 Euro, sodass eine Gesamrente von 850 Euro zuzüglich der ergänzenden Altersvorsorge erzielt wird. Hat der oder die gleiche Versicherte keine Kinder erzogen, so ergibt sich eine Gesamrente von 810 Euro (540 Euro originäre Rente plus 270 Euro Zuschussrente). Die geringere Zuschussrente im Fall der dreijährigen Kindererziehungszeit erklärt sich durch die Begrenzung der Gesamrente auf 850 Euro.

Der „Reha-Deckel“ wird angehoben

Das Rentenpaket des Bundesarbeitsministeriums sorgt mit der Zuschussrente nicht nur für eine Verbesserung der Situation von Niedrigverdienern. So wird mit der Einführung eines so genannten „atmenden Deckels“ das

Budget für Rehabilitationsleistungen der gesetzlichen Rentenversicherung an die demografische Entwicklung angepasst, sodass die Ausgaben für Rehaleistungen in den kommenden Jahren um mehr als 200 Millionen Euro pro Jahr steigen.

Eine höhere Rente bei Erwerbsminderung

Zudem wird der Erwerbsminderungsschutz verbessert, indem die so genannte Zurechnungszeit schrittweise erhöht wird. Während nach geltender Rechtslage für die Ermittlung der Höhe der Erwerbsminderungsrente unterstellt wird, dass der Betroffene bis zum 60. Lebensjahr gearbeitet hat, so wird in Zukunft eine Tätigkeit bis zum 62. Lebensjahr angenommen. Dieser Schritt erfolgt parallel zur schrittweisen Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, die im Jahr 2029 abgeschlossen sein wird. Die Zurechnungszeit, also die Differenz zwischen Eintritt in die Erwerbsminderungsrente und der Altersgrenze, steigt damit bis zum Jahr 2029 um 2 Jahre. Eine längere Zurechnungszeit führt automatisch zu einer höheren Erwerbsminderungsrente.

Fazit: Die Pläne führen zu einer deutlichen Verbesserung der Situation von Geringverdienern, von Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssen, und von Menschen, die gesundheitsbedingt auf Unterstützung angewiesen sind, um in ihren Beruf zurückzukehren. Dieser Personenkreis wird seit jeher gerade auch von uns als CDA in den Blick genommen. Deshalb verdient das Rentenpaket unsere Unterstützung. ■

LUDWIG WINDTHORST (1812-1891):

Ein Politiker mit Gespür für Gerechtigkeit

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hermann Kues, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, ist Vorsitzender der Ludwig-Windthorst-Stiftung. In diesem Beitrag erläutert er, warum es sich lohnt, sich mit dem großen Zentrums-Politiker zu beschäftigen.

In diesem Jahr jährt sich zum 200. Mal der Geburtstag Ludwig Windthorsts. Der Historiker Golo Mann bezeichnet ihn als den „genialsten Parlamentarier, den Deutschland je hatte“. Er hat in Deutschland entscheidend dazu beigetragen, dass das Parlament, die demokratisch gewählte Volksvertretung, sich als wichtiges Verfassungsorgan etablieren konnte. Seine Sternstunden hatte Windthorst im Parlament, wenn er gegen die Bismarck'schen Sondergesetze im Kulturkampf wettete und Bismarcks Schmähreden geschickt konterte. Die beiden wurden zu erbitterten Kontrahenten. Ihre parlamentarische Dauerfehde entzückte die Karikaturisten: Hier der übergroße, martialisch-hühnerhafte Reichskanzler Bismarck, dort der schmale, zivile, gerade mal 1,50 m kleine Zentrumsführer, der fast erblindet war. Die Auseinandersetzungen mit Bismarck im Kulturkampf machten Windthorst klar: Nur gleiche Rechte für alle schützen den Einzelnen vor dem übermächtigen Staat.

Sein Leben in Kürze: Geboren am 17. Januar 1812 in Ostercappeln, nach dem Abitur 1830 in Osnabrück studierte er Jura. Zunächst Anwalt, dann Richter, zog er 1849 in die Zweite Kammer der hannoverschen Ständeversammlung ein. Er wurde Präsident der Kammer. Zwei Mal berief



Ludwig Windthorst war ein bedeutender Zentrums-Politiker des 19. Jahrhunderts (Quelle: By Ed. Hüsgen (Biographie) [Public domain], via Wikimedia Commons)

ihn König Georg V. zum Justizminister. Beides erregte Aufmerksamkeit, denn Windthorst war der erste Katholik, der solch herausragende Ämter im Königreich Hannover bekleidete.

Dem Gewissen verpflichtet

Nach Auflösung des Königreichs Hannover bewarb sich Windthorst um Mandate für das Preußische Abgeordnetenhaus und den Reichstag. Er wurde der parlamentarische Führer der Zentrumspartei. Dabei trennte er klar zwischen religiöser Treue zu Kirche und Papst und der politischen Entscheidungsfreiheit von Katholiken in Sachfragen. So war er davon überzeugt, dass in allen „weltlichen“ politischen Fragen er ausschließlich seinem Gewissen und keiner anderen Instanz verpflichtet sei.

Windthorst entwickelte ein außerordentliches Gespür für die Gerechtigkeit Minderheiten gegenüber – seien es nun Juden, Polen, Elsässer oder Sozialisten. Immer stärker wurde ihm bewusst, dass jeder Mensch unangreifbare Rechte genießt, die von keiner Staatsgewalt infrage gestellt werden dürfen. „Ich werde das Recht, welches ich für die Katholiken und für die katholische Kirche und deren Diener in Anspruch nehme, jederzeit vertreten, auch für die Protestanten und nicht minder für die Juden. Ich will eben das Recht für alle“, so Windthorst im Jahr 1880. Die gleiche Einstellung ließ ihn gegen den aufkommenden Antisemitismus eindeutig Stellung beziehen und für eine überkonfessionelle Zusammenarbeit plädieren. So hat Windthorst als Christ im Parlament Menschen- und Bürgerrechte auf der Basis der christlichen Soziallehre verteidigt.

Zu Unrecht ist Windthorst in Vergessenheit geraten. Mit seinem Engagement als christlicher Politiker hat er Vorbildfunktion für uns heute, denn wir brauchen Menschen, die sich aus einer christlichen Grundhaltung verantwortlich fühlen und wach bleiben. ■



Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hermann Kues ist Vorsitzender der Ludwig-Windthorst-Stiftung (Quelle: Büro Kues MdB).

VORBILDER KOLPING UND KETTELER:

Wir brauchen eine Renaissance der katholischen Soziallehre



Karl-Josef Laumann (Quelle: CDA).

In der Kirchenzeitung des Bistums Köln plädierte der CDA-Vorsitzende Karl-Josef Laumann jüngst für eine Renaissance der katholischen Soziallehre. Er forderte die Kirche auf, ihr sozialetisches Erbe mehr als bisher zu pflegen. Die SO! dokumentiert Auszüge aus seinem Artikel.

„In unserem Land läuft etwas schief“: Diese Klage höre ich oft, bei Versammlungen, beim Bäcker oder nach dem Hochamt. Die Verunsicherung in der Bevölkerung ist groß – nicht nur wegen Finanzkrise und Euro-Turbulenzen. Das Vertrauen in Staat und Politik schwindet. Es herrscht das diffuse Gefühl, dass die soziale Ungleichheit wächst und es ungerecht zugeht. Die Menschen suchen Orientierung. Viele stellen sich die Frage: Warum driftet unsere Gesellschaft auseinander?

Eine Gesellschaft ohne Leitbild funktioniert nicht

Ich glaube: Eine funktionierende Gesellschaft braucht ein Leitbild – und das kommt uns zunehmend abhanden. In den guten Jahren unseres Landes hat die katholische Soziallehre die Gesellschaftspolitik geprägt: Immer dann, wenn sie politische Richtschnur war, ging es den Menschen gut. Der Katholik Konrad Adenauer hat die Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg bewusst auf christliche Werte gebaut. In einer Rede beschrieb er 1946 die „Denke“ der neu gegründeten CDU folgendermaßen: „Die menschliche Person hat eine einzigartige Würde, und der Wert jedes einzelnen Menschen ist unersetzlich.“ Dieser „Kern der christlichen Ethik“, so Adenauer, erfordere ein neues Gesellschaftsbild: Staat und Wirtschaft seien kein Selbstzweck, sondern sie hätten eine „dienende Funktion“ gegenüber den Menschen.

Die Prinzipien der Christlich-Sozialen haben heute einen schweren Stand

Genau dafür stand und steht die Soziale Marktwirtschaft mit ihren Säulen Sozialversicherung, Mitbestimmung und Tarifautonomie. Aber das Fundament bröckelt, wie die neoliberale Phase der Allmachts-Fantasien der Marktgläubigen gezeigt hat. Obwohl sie überwunden ist, haben die christlich-sozialen Prinzipien Solidarität, Personalität und Subsidiarität

einen schweren Stand in der Politik. Das zeigt zum Beispiel die Debatte um den gerechten Lohn.

Die katholische Soziallehre fußt auf der aus dem christlichen Menschenbild hergeleiteten Erkenntnis: Arbeit hat Würde. Aber wo bleibt die, wenn 1,4 Millionen Beschäftigte für Stundenlöhne von unter 5 Euro arbeiten? Wo, wenn Millionen Geringverdiener in Altersarmut zu fallen drohen? Wo, wenn Leiharbeiter für gleiche Arbeit am gleichen Ort viel weniger verdienen als Stammkräfte?

Die katholische Soziallehre ist keine Ideologie

Wir Christlich-Soziale in CDA, KAB und Kolping kämpfen für stabile Beschäftigung, die auskömmlich und fair bezahlt wird. Dabei berufen wir uns auf die katholische Soziallehre. Die war nie eine Ideologie, sondern etwas Handfestes, den Menschen Zugewandtes. Ihre Begründer waren Seelsorger, die das Elend der Arbeiter und ihrer Familien hautnah erlebt hatten. Sie antworteten auf die frühkapitalistische Ausbeutung nicht mit Klassenkampfparolen, sondern mit dem Ruf nach sozialer Partnerschaft und der Gründung von Gesellen- und Arbeitervereinen.

Die Kirche muss ihr christlich-soziales Erbe pflegen

Inwieweit die Christlich-Sozialen künftig noch Gehör finden, hat auch

damit zu tun, wie die Kirche ihre Soziallehre pflegt. Zum Beispiel mit der Ehrung von Vorbildern. Ich habe mich gefreut über die Seligsprechung des „Gesellenvaters“ Adolph Kolping und bete für seine Heiligsprechung – ebenso wie für die Seligsprechung des Mainzer „Arbeiterbischofs“ Wilhelm von Ketteler. In einem KAB-Lied heißt es über ihn: „Der Glaube hat ihn getrieben/zu bauen ´ne bessere Welt/ die Liebe zu Jesus Christus, der ihn hat zum Hirten bestellt./Für ihn gab er mutig Zeugnis/so soll ´s bei uns auch

stets sein/wir alle sind dazu berufen/ und stimmen in Dankbarkeit ein.“ Ketteler wirkte als Abgeordneter und leidenschaftlicher Seelsorger. In meiner Heimatregion Münsterland lernte er ab 1846 als Bauernpastor Sorgen und Nöte der einfachen Bevölkerung kennen. Nicht nur ich verehere ihn sehr. Mit vielen anderen wünsche ich mir, dass die KAB mit den Diözesen den Prozess der Seligsprechung anstößt.

Selbstbewusst für die beste Gesellschaftslehre eintreten

Wir Christlich-Soziale sind die Erben von Kolping und Ketteler. Ihre Ideen und Ideale sind unsere Leitbilder – auch wenn sie vielen in unserem Land fremd geworden sind. Umso selbstbewusster müssen wir sie vertreten! Denn Politik, Kirche und Gesellschaft brauchen eine Renaissance der katholischen Soziallehre. Nicht, weil sie Tradition hat oder für die „gute alte Zeit“ steht. Sondern weil sie ein Segen für die Menschen ist – und die beste Gesellschaftslehre, die ich kenne. ■

CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION

Kongress zur Sozialwahl

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lädt alle Interessierten zu einem Kongress über die Sozialwahl ein. Am Montag, dem 24. September 2012, diskutieren im Berliner Reichstag unter anderem Sozialministerin Ursula

von der Leyen und Fraktionschef Volker Kauder mit Experten und Gästen. Der ehemalige CDA-Vorsitzende Gerald Weiß ist als Bundeswahlbeauftragter für die Sozialversicherungswahlen natürlich mit von der Partie. Der Beginn des Kon-

gresses „Selbstverwaltung stärken, Sozialwahl modernisieren“ ist um 13 Uhr. Achtung: Eine Anmeldung auf der Internetseite www.veranstaltungen.cduscu.de ist erforderlich. Dort findet man alle Infos zu der Tagung.

Anzeige



BARMER GEK – für die ganze Familie!

Besonders Familien brauchen einen zuverlässigen Gesundheitsschutz. Bei der BARMER GEK versichert zu sein, heißt Sicherheit von Anfang an. Wir legen viel Wert auf qualitativ hochwertige und gesundheitsfördernde Maßnahmen für die ganze Familie. In rund 800 Geschäftsstellen beraten engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie informieren gerne über unsere speziellen Familienangebote. Vom BARMER GEK Familientelefon bis hin zum BARMER GEK Kinder- und Jugendprogramm. Nehmen Sie uns beim Wort!

Mehr Infos unter www.barmer-gek.de

BARMER
GEK die gesund
experten

DICHTUNG UND WAHRHEIT:

Irrlehren rund um die Lohnuntergrenze

Die Debatte um den Beschluss des CDU-Parteitags für die Einführung einer Lohnuntergrenze reißt nicht ab. Stefan Klinger, Geschäftsführer der CDU/CSU-Arbeitnehmergruppe im Bundestag, rechnet mit Mythen und Halbwahrheiten zur Lohnuntergrenze ab (Folge 4).

Behauptung: Die Kompetenz bei Lohnuntergrenze und Branchenmindestlohn liegt bei der Opposition.

Falsch! Erfunden hat den Branchenmindestlohn Norbert Blüm für die Baubranche, dort funktioniert er seit 15 Jahren. Mit der Union ist er weiter auf dem Vor-

marsch. Knapp vier Millionen Beschäftigte in zehn Branchen profitieren von bundesweiten tariflichen Mindestlöhnen nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz bzw. dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz. Mit einer einzigen Ausnahme sind diese unter unionsgeführten Bundesregierungen eingeführt worden. Rot-Grün hat mit seiner Hartz-Politik, die eigentlich auf die Aktivierung gering qualifizierter Arbeitsloser ausgerichtet war, zugleich auch das Lohngefüge für geringverdienende Beschäftigte ins Rutschen gebracht. Die magere Bilanz in Sachen „Lohnsicherung“ in sieben Regierungsjahren war derweil gerade mal ein neuer Mindestlohn. ■

Neue Zahlen des Statistischen Bundesamts dürften die Debatte um eine „Humanisierung der Arbeit“ anfachen. Nach dem Bericht „Qualität der Arbeit 2012“ arbeitet jeder zehnte Beschäftigte nachts, jeder vierte am Abend. 24 Prozent sind am Samstag beruflich tätig, 13 Prozent sogar sonntags. Außerdem nimmt die Zahl derjenigen zu, die „überlang“ arbeiten. 7,5 Prozent der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer geben an, gewöhnlich länger als 48 Stunden pro Woche zu arbeiten. Bei Selbständigen sind es sogar fast 70 Prozent.

Anzeige



Das Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK) der Stiftung Christlich-Soziale Politik lädt ein

Wir bieten politische Fort- und Weiterbildung für engagierte Menschen aus christlich-sozialer Verantwortung an. Weitere Infos zu den Seminaren im Internet unter www.azk.de oder telefonisch 02223 - 73 119 (Regina Ochs)



„Politische Bildung bringt auf Augenhöhe!“ – Aktuelles aus unserem Bildungsprogramm September – Dezember

| | | | | | |
|--|-------|--|-------|--|-------|
| Fertigwaren, Zusatzstoffe, Gentechnik: Ernährung heute. / Eine Bestandsaufnahme aus verbraucherpolitischer Sicht Seminar in Kooperation mit dem DHB – Netzwerk Haushalt e. V. 17. – 19.09.2012 | 6.054 | Arbeit für alle – Wohlstand für viele 08. – 10.10.2012 | 6.925 | USA Wahlen 2012 – Wettkampf der Giganten Obama oder Romney 05. – 07.11.2012 | 6.658 |
| Partnerschaftsarbeit – Nord-Süd konkret Seminar in Kooperation mit dem Weltfriedensdienst 21. – 23.09.2012 | 6.660 | 50 Jahre Unabhängigkeit Jamaikas Kooperationsveranstaltung Deutsch-Jamaikanische Gesellschaft 12. – 14.10.2012 | 6.656 | Mobilität in unserer Gesellschaft Konzepte für eine moderne Verkehrspolitik 12. – 16.11.2012 | 6.926 |
| | | Leitung und Moderation von Bürgerinitiativen – Parteien und Fraktionen Ein Seminar für Frauen 26. – 28.10.2012 | 6.056 | Was ist christlich-sozial? Einführung in die christliche Soziallehre 03. – 05.12.2012 | 6.927 |

BEI UNGEREGLTER ARBEITSZEIT DROHEN DUMPINGLÖHNE

Minijobs – Beschäftigungswunder oder sozialer Fluch?

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock stellt ihre Thesen zu Minijobs vor – und warnt davor, sie als „normal“ anzusehen.

In Zeiten von Fachkräftemangel, guten wirtschaftlichen Eckdaten und Diskussionen über die soziale Gestaltung der Globalisierung gibt es sie noch: die „Minijobs“ oder „Aushilfe auf 400-Euro-Basis“, wie es oft so schön heißt. Wie selbstverständlich sind sie häufig anstelle des Normalarbeitsverhältnisses getreten. Mehr als sieben Millionen Menschen arbeiten in Minijobs. Von vielen als gute Tat für mehr Beschäftigung bejubelt, hat sich die versprochene Brückenfunktion in reguläre Arbeit nicht bewahrt. Minijobs sind ein hoch riskantes Unterfangen, aus arbeitsmarkt- und frauenpolitischer, aber auch aus christlich-sozialer Sicht.

Sie sind lebensperspektivisch betrachtet ein „Armutbeschleuniger“, sie ziehen sich wie ein roter Faden durch die Erwerbs- und Rentenbiografie. Minijobs sind als Regularbeit unsozial. Oft werden Rechtsansprüche auf Lohnfortzahlung bei Krankheit oder Urlaub verweigert. Bei unregelmäßiger Stundenzahl werden aus 400 Euro Monatslohn Dumpinglöhne zwischen drei und sieben Euro.

Leben davon ist fast unmöglich, „aufstücken“ mit ergänzenden Sozialleistungen des Staates ist die Folge. Später reicht auch die Rente nicht aus, denn Sozialversicherungspflicht und Rentenanwartschaften sind Fremdworte. Die Hilfe vom Staat ist unumgänglich. Minijobs tragen ein hohes Missbrauchspotenzial in sich,

weil sie als staatlich subventioniertes Arbeitsmodell in die Gesellschaft Einzug gehalten haben. Gastronomie und Handel haben reguläre Arbeitsverhältnisse gegen Minijobs zum Zwecke der Flexibilität und des Schaffens von Arbeitsplätzen einfach ersetzt.

Minijobs sind auch ein „weibliches“ Problem, weil über 60 Prozent der „geringfügig Beschäftigten“ Frauen sind – entweder, weil sie oft in den Branchen Gastronomie und Handel arbeiten, wo kaum reguläre Arbeitsverhältnisse angeboten werden. Oder als klassische Hinzuerdinerin. Das ist brandgefährlich, für den Fall, dass die Ehe scheitert. Oder als Hartz IV- Empfängerin oder als Mutter, die eine Teilzeitbeschäftigung sucht.

Konzept des DGB vorgestellt

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat ein Konzept erarbeitet, wie kleine Teilzeitbeschäftigung zur sozialversicherungspflichtigen Arbeit werden kann, aus der auch Rentenansprüche entstehen. Ausnahmeregelungen für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Rentnerinnen und Rentner sollen bestehen bleiben. Es ist ein Konzept, mit dem Wirtschaft und Mensch gut leben können.

Aus Gesprächen auf dem politischen Parkett weiß ich, dass unser Konzept als interessanter und ernsthaft zu diskutierender Vorschlag angesehen wird. Als „intelligentes Modell vom Deutschen Gewerkschaftsbund“ lobte es Bundesministerin Kristina Schröder in einem Interview. Es ist eine gute Grundlage,

auf der man miteinander reden kann. Im Internet ist das Konzept „Neuordnung der Kleinstarbeitsverhältnisse“ unter www.dgb.de veröffentlicht. ■

In Deutschland gibt es nach Angaben der Minijob-Zentrale der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See knapp sieben Millionen Minijobs, davon etwa 250.000 in Privathaushalten (Stand: Juni 2012). Mini-Jobber gibt es in allen Altersgruppen; die größte sind die 1,3 Millionen über-60-Jährigen.

Die Bewertung der Minijobs ist seit ihrer Einführung im Jahr 2003 umstritten. Die Minijob-Zentrale betont, alle Zahlen zeigten an, dass keine reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verdrängt werde. Die Zahl der Minijobs im gewerblichen Bereich sei seit 2004 nur minimal angestiegen, während die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung explodiert sei und um fast zehn Prozent zugelegt habe.

Der DGB hingegen warnt davor, Minijobs seien eine schlecht bezahlte Sackgasse – besonders für Frauen. Minijobs sind nämlich weitgehend Frauensache: 62 Prozent sind Minijobberinnen, in den Privathaushalten sind es über 90 Prozent. Für 3,2 Millionen Frauen ist ihr Minijob das einzige Beschäftigungsverhältnis – also eben kein Nebenjob.

GEWERKSCHAFTER ZU GAST BEI DER ARBEITNEHMERGRUPPE

Blick hinter die Kulissen des Berliner Politikbetriebs

Zehn hauptamtliche Gewerkschaftsnachwuchskräfte von IG BCE, IG Metall und DGB haben im Juni hinter die Kulissen des Berliner Politikbetriebs geschaut. In der „heißen Phase“ vor der Sommerpause (Euro-Rettungsschirm, Betreuungsgeld) waren sie Gäste der Arbeitnehmersgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sie trafen unter anderem CDA-Chef Karl-Josef Laumann, den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und Kanzleramtsminister Ronald Pofalla. Arbeitnehmergruppen-Referentin Christine Sentz, die das Programm organisiert hat, erzählt von einer spannenden Woche.

Zum Auftakt der Woche begrüßten Karl-Josef Laumann und CDA-Hauptgeschäftsführer Martin Kamp die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der CDA-Hauptgeschäftsstelle. Laumann berichtete über die aktuellen Debatten über die Einführung einer Lohnuntergrenze und die CDA-Forderung nach Equal Pay in der Leiharbeit.

Beeindruckt zeigten sich die zumeist jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter von den kontroversen Diskussionen und der Offenheit in der Fraktionssitzung und den Facharbeitsgruppen. Teilnehmer Glenn Lawrence war positiv überrascht, wie sachlich in den Ausschüssen diskutiert wurde. „Es ist eigentlich wie bei uns im Stadtparlament oder im Kreistag, nur einige Nummern größer“, so sein Empfinden. Offen standen auch die Türen bei der Bundesregierung und den Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Mit



Karl-Josef Laumann (rechts) im Gespräch mit seinen Gästen (Quelle: Sentz).

dem Parlamentarischen Staatssekretär Ralf Brauksiepe wurde die Lage auf dem Arbeitsmarkt analysiert, sowie das Für und Wider einer Tarifeinheit diskutiert. Deutlich wurde, dass etliche Forderungen aus der CDA im Arbeitsministerium beraten werden – und auch Eingang in Gesetzes- oder Verordnungsvorlagen finden. Das Verhältnis zu den Gewerkschaften, so Brauksiepe, sei so gut wie seit Jahren nicht.

Einblicke gewährte auch das Bundeskanzleramt. Ein Abteilungsleiter berichtete über die Arbeits- und Funktionsweise des Kanzleramts. Auch die Arbeitsverhältnisse der dort Beschäftigten wurden von den jungen Gewerkschaftern unter die Lupe genommen. So stellte sich heraus, dass es einen kleinen Personalrat gibt. Kanzleramtsminister Ronald Pofalla ließ es sich trotz der laufenden Gesprä-



Besuch der jungen Gewerkschafter im Arbeitsministerium beim Parlamentarischen Staatssekretär Ralf Brauksiepe (2. von rechts) (Quelle: Sentz).

che zum Europäischen Stabilitätsmechanismus nicht nehmen, die Gewerkschafter kurz selbst zu begrüßen.

Die Parlamentarischen Fraktions-Geschäftsführer Michael Grosse-Brömer und Stefan Müller zeigten sich interessiert, wie die jungen Gewerkschafter den Fraktionsbetrieb wahrnehmen. Schnell entwickelte sich ein lebhaftes Gespräch über soziale Gerechtigkeit und die Diskrepanz von Freiheitswunsch und gleichzeitigen Regelungswünschen in der Bevölkerung. Über die Aufgabe der Arbeitnehmergruppe innerhalb der Fraktion sowie die Kommunikation der Arbeitnehmergruppe mit Gewerkschaftern informierte Peter Weiß in gemütlichem Ambiente während eines Abendessens.

Treffen mit DGB-Chef Sommer

Theorie ist die eine Sache, Praxis die andere. Deshalb traf es sich gut, dass der DGB-Bundesvorsitzende Michael Sommer einen Tag später zu Gast bei der Arbeitnehmergruppe war...



Kanzleramtsminister Ronald Pofalla (vorne, 3.von rechts) begrüßt die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter (Quelle: Bundesregierung/Jochen Eckel).

„Das Fernbleiben vieler Abgeordneter an einem Sitzungsfreitag hat mein Politikverständnis schon auf die Probe gestellt“, so Teilnehmer Thomas Ziegler. Mit dieser Aussage wurde die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ingrid Fischbach konfrontiert – unmittelbar nachdem die Opposition die Beschlussunfähigkeit des Parlaments erwirkt hatte, um die erste Beratung des Betreuungsgeldes zu verhindern.

Besuche bei den Gewerkschaften

Auch die Christlich-Sozialen in der Gewerkschaftsspitze ließen es sich nicht nehmen, ihre „Leute“ in Berlin zu begrüßen. Interessante Gespräche über ihr Verhältnis zur Politik fanden statt mit Ingrid Sehrbrock, stellvertretende Bundesvorsitzende des DGB, Elke Hanack, ver.di-Bundesvorstandsmitglied, und Egbert Biermann, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG BCE.

Alle Beteiligten zogen eine positive Bilanz der Woche. Das lag nach Ansicht von Teilnehmer Thomas Schröder daran, dass „wir von allen Gesprächspartnern offen empfangen wurden und die Möglichkeit hatten, ernsthaft mit ihnen zu diskutieren.“

Als Gäste waren nach Berlin gekommen: Andre Arenz (IG Metall), Tabea Burchartz (IG BCE), Philipp Bembenek (IG Metall), Glenn Lawrence (IG BCE), Malte Lückert (IG BCE), Natalie Mühlentfeld (IG BCE), Manuel Rendla (IG BCE), Thomas Schröder (IG Metall), Thomas Ziegler (IG BCE), Andreas Ziegler (IG Metall). ■



Die Gewerkschaftsjunioren mit dem DGB-Bundesvorsitzenden Michael Sommer (2.von links) und Peter Weiß(rechts) (Quelle: Zwiener).

CDA THÜRINGEN

Besuch in Merkers

Mitglieder des thüringischen CDA-Landesvorstandes beim Besuch des K+S-Werks in Merkers (Quelle: CDA Thüringen).

Der thüringische CDA-Vorstand hat das Bergwerk in Merkers besucht. Im Rahmen der Sommertour informierten sich die Mitglieder über das Werk Werra der K+S KALI GmbH. Empfangen wurde die Delegation um den Landesvorsitzenden Gustav Bergemann von Hartmuth Baumert und Peter Puder. Den Kontakt hatte das CDA-Mitglied Stefan Böck hergestellt, der im Werk Werra Betriebsrat ist.

Die CDAler sprachen mit Mitarbeitern und Betriebsräten. Bei K+S sind mehr als 4.300 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Lohn und Brot. Das Unternehmen stellt über 300 Ausbildungsplätze in der Region zur Verfügung. ■

EUCDA

Vorstandssitzung in Cluj

Selten fand eine Sitzung des Vorstands der EUCDA zu einem so wichtigen Zeitpunkt statt wie vor Pfingsten im ehemaligen Klausenburg in Rumänien: Darüber waren sich die Vorstandsmitglieder einig. Im Vordergrund der Sitzung standen die Eurobonds. Von niederländischer Seite wurde darauf hingewiesen, dass sie die Zinsen für Länder wie Spanien senken könnten. Wenn starke Länder wie Deutschland bei Staatsanleihen mithafteten, sei das gut für die Eurozone. Für die deutsche Seite erwiderte CDA-Vize Christian Bäumler, selbst der vom DGB benannte Wirtschaftsweise Bofinger halte bei Eurobonds eine integrierte Finanzpolitik für notwendig. EUCDA-Präsident Elmar Brok warb für einen von allen Ländern getragenen europäischen Schuldentilgungsfond als Kompromiss in der Diskussion.

Der EUCDA-Vorstand hält Wachstumsprogramme für unabdingbar, damit Griechenland, Spanien und Portugal aus der Krise kommen. ■

EZA

Studiengang „Sozialer Dialog“

EZA-Mitglieder können an dem Master-Studiengang „Sozialer Dialog“ der Katholischen Universität San Antonio aus Murcia (UCAM) teilnehmen.

Der Online-Master-Studiengang ergänzt ein Bachelor-Grundstudium. Es wird Vorlesungen geben, die von international anerkannten Referenten gehalten werden. Die Themen des Master-Studiengangs sind die christlichen Wurzeln des sozialen Dialogs, deren Regulierung, die Entwicklung der Bürgerbeteiligung und die Zivilökonomie.

Der Studiengang startete bereits am 1. September 2012 und dauert ein Jahr. Die Einschreibephase geht noch bis zum 1. November. Seminarsprachen sind Englisch und Spanisch. Weitere Information sind über EZA zu erhalten (Norbert Klein, klein@eza.org).

CDA-BETRIEBSGRUPPE DRV KBS

Vorstand neu gewählt

Die Mitglieder der CDA Betriebsgruppe bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (DRV KBS) haben Rolf Stadié zum neuen Vorsitzenden bestimmt. Zu seinen Stellvertretern wurden Marita Bergmaier und Uwe Göddenhenrich gewählt. Der Vorstand



Der neue Vorstand der CDA-Betriebsgruppe (Quelle: CDA-Betriebsgruppe DRV KBS).

wird komplettiert durch die Beisitzer Birgitt Beier, Jan Brockmann, Wilfried Catzkowski, Andreas Hübscher, Elmar Lünenborg, Gerd Rzesnik, Bettina Szlag, Markus Urmoneit, Florian Wagner und Christoph Wehmeyer. Der langjährige Vorsitzende Mathias Lück trat nicht erneut an. Die Versammlungsleitung lag beim Bochumer CDA-Kreisvorsitzenden Arne Lindemann, der ebenfalls bei der DRV KBS beschäftigt ist.

CDA DIEPHOLZ

Gedenkstele für Walter Link eingeweiht



Die Einweihung der Gedenkstele stieß auf großes Interesse (Quelle: Büro Knoerig).

Zum Gedenken an den ehemaligen CDA-Vize Walter Link wurde jetzt in seinem Heimatort Wehrbleck ein Kunstwerk errichtet: Der Berliner Künstler Kani Alavi hat eine Stele der Berliner Mauer mit Motiven bemalt, die an Links Einsatz für die Wiedervereinigung erinnern. Anlässlich des 75. Geburtstages des verstorbenen Politikers hatte der heimische Bundestagsabgeordnete Axel Knoerig, Mitglied im CDA-Bundesvorstand, die Gedenkfeier initiiert. ■

CDA GOSLAR

Kreisverband wiederbelebt

Der CDA-Kreisverband in Goslar hat sich reaktiviert – nach einigen Jahren der Inaktivität. Auf einer Versammlung im Juni wählten die Mitglieder einen neuen Vorstand. Neuer Vorsitzender ist der Goslarer CDU-Ratsherr Pascal Bothe. Als stellvertretende Vorsitzende steht ihm Claudia von Dzerzawa zur Seite. Komplettiert wird der Vorstand von Susanne Ponto, Christoph Weule und dem CDU-Landtagsabgeordneten Rudolf Götz. Aus Berlin war CDA-Hauptgeschäftsführer Martin Kamp als Gast gekommen. ■

CDA SACHSEN

Landestagung debatierte über Altersarmut

In Sachsen droht nach Ansicht der CDA Altersarmut. „Eine der größten Herausforderungen für unser Land ist, dass in wenigen Jahren die Rente oft nicht mehr zum Leben reicht“, sagte Landeschef Alexander Krauß auf der Landestagung im Juni in Chemnitz. Die Zahl der Empfänger von Sozialleistungen im Alter werde sich bis 2020 verdoppeln, so der Landtagsabgeordnete. Grund seien unter anderem die niedrigen Gehälter. Wer sein Leben lang gearbeitet habe, müsse eine Rente über dem Grundsicherungsniveau erhalten. Krauß forderte eine Aufstockung der Rentenwerte von Geringverdienern. ■

CDA OBERHAVEL

Diskussion mit Ingrid Sehrbrock



Ingrid Sehrbrock mit dem Vorsitzenden der CDA Oberhavel, Thomas M. Steins (Quelle: CDA Oberhavel).

Die CDA im brandenburgischen Oberhavel-Kreis ist wieder da! Mit einem Diskussionsabend mit der stellvertretenden CDA- und DGB-Bundesvorsitzenden Ingrid Sehrbrock zum „C als Richtschnur unserer Politik“ hat sie sich zurückgemeldet. ■

CGB-AG NORDRHEIN-WESTFALEN

Treffen mit Ralf Brauksiepe



Von links: Ulrich Bösl, Landesvorsitzender der CDA/CGB-Landesarbeitsgemeinschaft, CDA-Landesvorsitzender Ralf Brauksiepe und der CGM-Landesvorsitzende Bernhard Cwieklin-ski (Quelle: CDA/CGB NRW).

In der Geschäftsstelle des CGB-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen trafen sich die Mitglieder der CDA/CGB-Landesarbeitsgemeinschaft zum Gespräch mit dem CDA-Landesvorsitzenden Ralf Brauksiepe. Gesprächsthemen waren die Tarifeinheit, die Situation auf dem Arbeitsmarkt und das Modell der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für eine gesetzliche Lohnuntergrenze. ■

JUNGE CDA BADEN-WÜRTTEMBERG

Gegen die „Rente mit 70“

Die Landesverbände der Jungen CDA in Baden-Württemberg und Saarland widersprechen der Forderung der Südwest-JU nach einem Renteneintritt mit 70 Jahren. Die beiden Landesvorsitzenden Manfred Benedikter und Sebastian Kraus fordern ein „Arbeitspunktemodell“ bei der Rentenversicherung, in dem nicht das Alter als Bezug für die Rente genommen wird, sondern die Beitragsjahre. Ein entsprechender Beschluss soll bei einer Südwest-Konferenz gefällt werden. ■

JUNGE CDA WUPPERTAL

Neuer Vorstand gewählt



Von links: Diana Kinnert, Tabea Burchartz, Dennis Radtke, Patrick Merker, Horst Förster, Janet Kinnert, Stephanie Krätschmann, Nathalie Eckstein, Rainer Spiecker MdL, Jessica Kückelheim, Andrea Winterhager (Quelle: Junge CDA Wuppertal)

Auffallend jung und weiblich – so sieht der neue Vorstand der Jungen CDA Wuppertal aus. Einstimmig wurde die Studentin Diana Kinnert zur neuen Vorsitzenden gewählt. Tabea Burchartz, Laborantin bei der Bayer Pharma AG und Auszubildendenvertreterin, erhielt bei ihrer Wahl zur Stellvertreterin ebenfalls 100 Prozent der Stimmen. Auch Tobias Andersch, Auszubildender im Hotelfachwesen, wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Schriftführerin wurde Jessica Kückelheim. Unter den Gästen waren Dennis Radtke, Bundesvorsitzender der Jungen CDA, und der örtliche CDU-Landtagsabgeordnete Rainer Spiecker.

Mehr als 20 jüngere und ältere Christlich-Soziale kamen in Wuppertal-Barmen auf Einladung der Jungen CDA Wuppertal zusammen. Unter ihnen waren auch Horst Förster, Vorsitzender der CDA Wuppertal, und Sebastian Richter, Vorsitzender der Jungen Union Wuppertal. ■

SO! GESCHEHEN: Der CDA-Ticker

+++ Karl-Albert Eßer als Bezirksvorsitzender in Aachen wiedergewählt: Auf der Bezirksversammlung in Alsdorf wurde er einstimmig in seinem Amt bestätigt. Zu Stellvertretern wurden Jürgen Bruckmann (Aachen-Stadt), Armin Leon (Heinsberg) und Gudrun Ritzen (Aachen-Land) gewählt **+++ Peter Weiß führt Bezirk:** Bei der Bezirkstagung Südbaden wurde der CDU-Bundestagsabgeordnete erneut Vorsitzender. Seine Stellvertreter sind Hans-Jörg Klumpp, Gottfried Schmidt und Dietmar Maldacker **+++ CDA Oberhavel startet neu:** Dem neuen Kreisvorstand gehören Thomas Steins als Vorsitzender, Werner Scheeren und Max Bievor als

Stellvertreter, sowie Roger Pautz und Bastian Klebauschke als Beisitzer an. Unterstützt wurde der Neustart von den märkischen Landesvorstandsmitgliedern Michael Wolter, Nando Strüfing, Mathias Blank und Petra Müllenbach **+++ Ralf Behrend führt Junge CDA Bremen:** Der 31-Jährige wurde einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Zu seinen Stellvertretern wurden Cathleen Drewes und Nils Janssen bestimmt. Als Beisitzer komplettieren Dawid Dymek, Malte Engelmann, Marc Fehrling, Marcel Käthner, Thomas Lehneke und Gernot Nahrung den Vorstand **+++**



Bernhard Tenhumberg (rechts) und eine Delegation der Krefelder CDU bei der DRK-Schwwesternschaft Krefeld (Quelle: CDU-Ratsfraktion Krefeld).

CDA NORDRHEIN-WESTFALEN

Tenhumberg auf Sommertour

CDU-Landesvorstandsmitglied Bernhard Tenhumberg besuchte mit Vertretern der Krefelder CDU das Helios Klinikum und die DRK-Schwwesternschaft.

Beeindruckt zeigte er sich vom DRK-Kinderzentrum: Dort wird es ab Oktober eine Kurzzeitpflege für schwer kranke und behinderte Kinder geben. ■

CDA-VORSITZENDER BERGEMANN VERHANDELTE MIT

Die Eckpunkte der Lohnuntergrenzen-Initiative Thüringens

Die CDU/SPD-Landesregierung Thüringens will im Herbst eine Bundesratsinitiative für die Einführung einer Lohnuntergrenze starten. Sie orientiert sich an dem Konzept der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, das Arbeitnehmer- und Wirtschaftsflügel gemeinsam erarbeitet haben. Die Erfurter Koalition hatte eine Arbeitsgruppe „Gute Löhne“ eingerichtet. Für die CDU hat unter anderen der Landtagsabgeordnete und CDA-Landesvorsitzende Gustav Bergemann teilgenommen. Die SO! dokumentiert Auszüge aus dem Abschlussbericht.

(...) Ziel dieser Initiative ist es, sicherzustellen, dass für alle in Deutschland vollzeitbeschäftigten Bürgerinnen und Bürger ein existenzsicherndes Einkommen und eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erreicht werden können. Wir wollen deshalb eine Bundesratsinitiative für einen gesetzlichen Mindestlohn / eine gesetzliche Lohnuntergrenze starten, die sich an folgenden Eckpunkten orientiert:

1 Durch Bundesrecht ist das Verfahren zur Festsetzung eines allgemein verbindlichen Mindestlohnes / einer allgemein verbindlichen Lohnuntergrenze festzulegen.

2 Die Höhe des Mindestlohns / der Lohnuntergrenze wird durch eine unabhängige Kommission verbindlich festgelegt. Die Festlegung erfolgt als Bruttostundenlohn.

3 Der allgemein verbindliche Mindestlohn / die Lohnuntergrenze soll bundeseinheitlich und für alle Branchen und Regionen gelten. Tarifverträge, die Vergütungen unterhalb des Mindestlohns / der Lohnuntergrenze enthalten, sind innerhalb einer Übergangsfrist von einem Jahr anzupassen. Geschieht dies nicht, gilt der Mindestlohn / die Lohnuntergrenze.

4 Nach Inkrafttreten des Gesetzes ist der Mindestlohn / die Lohnuntergrenze durch die Mindestlohn- / Lohnuntergrenzenkommission erstmalig festzusetzen. Die Kommission hat das Recht und die Pflicht, zu einem feststehenden Termin eines jeden Jahres die Höhe des Mindestlohnes / der Lohnuntergrenze zu überprüfen und ggf. durch Beschluss neu festzulegen.

5 Die Mindestlohn- / Lohnuntergrenzenkommission wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales berufen. Sie besteht aus insgesamt vierzehn Personen mit jeweils einem Stellvertreter und setzt sich paritätisch zusammen aus je sieben Mitgliedern aus Kreisen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.

6 Die Kommission fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit ihrer stimmberechtigten Mitglieder. Für den Fall, dass keine Einigung in der vorgegebenen Frist erzielt wird,

wird ein Schlichtungsmechanismus gesetzlich geregelt.

9 Die materiell-rechtlichen Regelungen, mit denen der Anspruch auf den Mindestlohn / die Lohnuntergrenze begründet und abgesichert wird, bedürfen der Flankierung durch ein effizientes Kontrollinstrumentarium. Das hierfür im Gesetzentwurf vorgesehene Instrumentarium entspricht den bereits bewährten Regelungen des Arbeitnehmerentgesetzes, d. h. es erfolgen Kontrollen durch die Behörden der Zollverwaltung. Verstöße können mit Bußgeldern sanktioniert werden. ■



Gustav Bergemann verhandelte für die CDU über das Konzept für eine Lohnuntergrenze (Quelle: CDA).

SO! EINER: DAS PORTRÄT IN DER SOZIALEN ORDNUNG

Joachim Unterländer, CSA-Vorsitzender und Sozialpolitischer Sprecher der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag



Joachim Unterländer (Quelle: Büro Unterländer)

Joachim Unterländer, geboren am 13. April 1957 in München, Dipl.-Verwaltungswirt (FH) in der Staatsverwaltung und als Referent in der CSU-Stadtratsfraktion der Landeshauptstadt München, seit 1994 Mitglied des Bayerischen Landtags

1. Wann bist Du zum ersten Mal der CSA begegnet? Wann und warum bist Du eingetreten?

1973, als mein politisches Engagement begann. Ich bin in einer Arbeiterfamilie aufgewachsen, in einer Siedlung mit überwiegend Arbeitnehmercharakter.

2. Was bedeutet für Dich „christlich-soziale Politik“?

Gerechtigkeit und den gesunden Menschenverstand in der Politik umsetzen,

die Prinzipien der katholischen Soziallehre in allen politischen Entscheidungen als Fundament beachten.

3. Hast Du ein politisches Vorbild – in Geschichte und Gegenwart?

Vorbild heißt Nachahmen – ich will meinen eigenen Weg gehen und bin bei Vorbildern skeptisch!

4. Du darfst allein über die Verwendung von einer Milliarde Euro aus dem Bundeshaushalt entscheiden. Wofür gibst Du das Geld aus?

Für ein Programm, mit dem auch bei den demografischen Herausforderungen in unserem Land genügend Kräfte in den Pflege- und Erziehungsberufen eine Perspektive sehen können.

5. Was bedeutet Arbeit für Dich?

Hat allgemein und auch für mich selbst lebensprägende Bedeutung. Sie dient nicht nur zur Existenzsicherung, sondern auch der Selbstverwirklichung.

6. Was sind Deine Hobbys?

Sport aktiv und als Zuschauer, Bergwandern, Geschichte.

7. Welche Musik hörst Du am liebsten?

Klassik (Ludwig van Beethoven und Mozart), echte Bayrische Volksmusik und Pop-Oldies von ABBA und Neil Diamond.

8. Was ist Dein Leibgericht? Wie lautet das Rezept?

Spezialitäten aus Südtirol wie Schlutzkrapfen, Kasnocken und Spinatknödel. Rezepte findet man in Kochbüchern über die Südtiroler Küche.

9. Mit welchem Promi würdest Du Dich gerne mal in Ruhe unterhalten?

Mit dem früheren Bundeskanzler Helmut Kohl.

10. Was ist Dein Traum-Urlaubsziel?

Nepal und das Himalaya-Gebirge.

11. Welchem Fußballverein hältst Du die Daumen?

Seit meiner Kindheit dem FC Bayern München.

12. Was war das Schönste, das Du in Deinem Leben bisher erlebt hast?

Die Geburt unserer Tochter.

13. Was bringt Dich so richtig auf die Palme?

In der Politik und im Journalismus das Verbreiten offenkundiger Lügen. Im Alltag Gedankenlosigkeit und trödelnde Autofahrer.

14. Wie lautet Dein Lebensmotto?

Niemals aufgeben! ■

inmischen. Einfluss nehmen.

Eintreten!



Jedes
Mitglied wirbt
ein neues
Mitglied!



Aufnahmeantrag

der Christlich-Demokratischen
Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA)
Postfach 04 01 49 • 10061 Berlin

Ich beantrage die Aufnahme in die CDA:

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____ Haus-Nr.: _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

Geb.-Datum: _____

Telefon: _____

Telefax: _____

Mobil: _____

E-Mail: _____

Betrieb / Verwaltung / Ausbildungsstätte:

CDU-Mitglied: ja nein

Als Aufnahmespende zahle ich _____ €

_____, den _____

Unterschrift

Bankeinzugsermächtigung:

Wir bitten Sie, die Bankeinzugsermächtigung auszufüllen.
Hiermit erkläre ich mich bis auf Widerruf damit einverstanden,
dass die CDA-Hauptgeschäftsstelle den von mir zu zahlenden

Monatsbeitrag in Höhe von: _____ €

in Worten: _____ €

einmal jährlich zweimal jährlich

von meinem Konto: _____

Nr.: _____

BLZ: _____

bei der: _____
(Geldinstitut, Ort) abbucht.

_____, den _____

Unterschrift (für Kreditinstitut)

Unsere monatlichen Beiträge:

- > Familienbeitrag für Ehepartner und Kinder: 5,10 €
- > Nichtmitglieder der CDU: 4,60 €
- > CDU-Mitglieder: 4,10 €
- > Mitglieder, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben: 2,60 €
- > Auszubildende, Schüler/-innen, Studenten/-innen, Wehr- und Bundesfreiwilligendienstleistende, Arbeitslose und bei besonderen sozialen Härten auf Antrag: 1,10 €

Zuwendungen (Mitgliedsbeiträge und Spenden) an politische Parteien
sind steuerlich als Sonderausgaben absetzbar (§ 10 b EStG).